

ersch. 1891
Wöchentl. 2
Botenlohn = 2
monatlich 2,10
gebundene 2,10
sammlungsanleihe
meterelle ober d
Sauberebition u

Du wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

für Schlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzhofer Straße 50, Fern-
sprecher 43902. Volkshaus: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzhofer Straße 50 (Vorder-
haus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzhofer
Straße 50. Fernsprecher 43902.

Her mit Winterhilfe für alle Erwerbslosen

Anträge der Kommunisten im Reichs- und Landtag — Erwerbslose Männer, Frauen und Jugend! Nur durch außerparlamentarische Massenaktionen werdet ihr euch wirkliche Winterhilfe erkämpfen!

In ihrem Antrag, den die kommunistische Reichstagsfraktion für die Arbeitslosen eingebracht hat, stellt sie die Forderung auf folgende sofort durchzuführende Winterhilfsmassnahmen:

1. Alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten erhalten eine Winterbeihilfe in bar in Höhe von 50 Reichsmark für den Hauptunterstützungsempfänger; Unterhaltsberechtigte und Empfänger von Waisenrente erhalten je 15 Reichsmark.
2. Den vorstehend genannten Personengruppen sind laufend neben der Barunterstützung Naturalunterstützungen, die nicht auf die laufenden Unterhaltungen angerechnet werden dürfen, zu gewähren, und zwar: Lebensmittel aller Art, ausreichendes Feuerungsmaterial sowie Kleidung.

Die für diese Hilfsmassnahmen benötigten Mittel sind aus dem Reichswehretat und durch sofortige Weiterleitung aller rückständigen Steuern der Großunternehmungen oder sonstigen Großbesitzenden zu beschaffen.

Im Preussischen Landtag hat die kommunistische Fraktion erneut einen Antrag für die Arbeitslosen eingebracht, in dem es nach Feststellung des furchtbaren Elends der Arbeitslosen heißt:

„Gemeinden gehen dazu über, die minimale Zusatzleistung, die einem kleinen Teil von Arbeitslosen auf Grund der Notverordnung vom 19. Oktober 1932 gewährt werden soll, nachdem allen Arbeitslosen vorher das Vielfache dessen genommen worden ist, zum Anlaß zu nehmen, die ihrerseits nach rigorossten Bedürftigkeitsprüfungen bewilligten, also als unumgänglich notwendig anerkannten zusätzlichen Unterhaltungen einzustellen. Infolgedessen bekommen diese Arbeitslosen in den Wintermonaten sogar weniger als vorher.“

Die kommunistische Landtagsfraktion stellt auf Grund dieser Lage folgende Forderungen:

1. Den Gemeinden und Fürsorgeverbänden wird jede Kürzung von Unterhaltungen untersagt. Bedürftigkeitsprüfungen dürfen nicht mehr vorgenommen werden.
2. Die Gemeinden bzw. Fürsorgeverbände erhalten aus Staatsmitteln die Summen zur Verfügung gestellt, die sie benötigen, um folgende Zusatzleistungen an Arbeitslose und sonstige Renten- und Unterstützungsempfänger zu gewähren:
 - a) Brennmaterial;
 - b) Schuhe und warme Kleidung;
 - c) Milch, Kartoffeln, Fleisch und sonstige zusätzliche Nahrungsmittel.Das Quantum ist nach der Zahl der auf den Hauptunterstützungsempfänger entfallenden unterhaltsberechtigten Personen zu bemessen. Eine Rückerstattungspflicht wird ausdrücklich ausgeschlossen.
3. Ermissionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kriegssopfern und sonstigen Unterstützungsempfängern dürfen nicht vollzogen werden. Minderbemittelte Hauseigentümer, deren Einkommen 3000 Mark jährlich nicht übersteigt, erhalten für zahlungsunfähige Mieter Mietzuschüsse in der Höhe, die jeden Gewinn aus Vermietung ausschließt.

Die kommunistischen Fraktionen haben die sofortige Einberufung des Reichs- sowie Landtages gefordert, damit vor allem die durchzuführenden Winterhilfsmassnahmen, wie sie in ihren Anträgen gefordert werden, zur sofortigen Beratung gelangen. Die Präsidenten dieser beiden Parlamente, die Mitglieder der Nazi-Partei sind, labortieren die Einberufung der Parlamente, sie handeln hier im Auftrag der faschistischen Papen-Regierung, die ein Interesse daran hat, daß die Behandlung der kommunistischen Anträge verzögert wird. Deshalb müssen die Millionen Erwerbslosen den Kampf der Kommunisten in den Parlamenten durch außerparlamentarische Aktionen unterstützen. Die Erwerbslosen müssen sich darüber klar sein, daß wirkliche Winterhilfe, wie sie die Kommunisten fordern, nicht durch das Parlament, sondern durch den außerparlamentarischen Massenkampf erkämpft wird. Gerade die letzten Wochen und Monate haben solch glänzende Beispiele geliefert. Wir erinnern an den Kampf der Primmener Erwerbslosen, denen man unter dem Massenbrand einen Teil ihrer Forderungen bewilligt hatte.

Der Genosse Thälmann hat unter anderem zu dem Kampf der Erwerbslosen bei seiner Rede der Reichsparteiarbeiterkonferenz der RPD. folgendes ausgeführt:

„Angeflacht des ungeheuer anwachsenden Elends der Erwerbslosen, der immer größeren Millionenmasse der Erwerbslosen, bis überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen, müssen wir verkäufen,

Auslösung von Massenaktionen und für die allgemeine Steigerung des Massenkampfes gegen Kapitalabbittatur und Faschismus vorhanden ist, zur Entzündung zu bringen. Es genügt nicht, den Erwerbslosen zu sagen, daß sie Solidarität mit den Betriebsarbeitern üben sollen. Wir müssen ihnen gleichzeitig zeigen, wie sie durch Massenaktionen aller Art für ihre eigenen Lebensinteressen kämpfen und sich gemeinsam mit den übrigen Werktätigen ihr Brot erobern können.“

Der Führer der kommunistischen Partei, der einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Freiheitspartei, weist insbesondere darauf hin, daß die Erwerbslosen durch Massenaktionen ihr Brot und jetzt ihre Winterhilfe erkämpfen können. Jeder Erwerbslosenausgleich muß sofort eine Versammlung einberufen, wo in Verbindung mit den Forderungen der Kommunisten im Reichs- und Landtag die Aufgaben des Kampfes der Erwerbslosen konkret gestellt und in Beschlüssen festgelegt werden. Die Kampfbeschlüsse müssen in die Tat umgesetzt werden. Die RPD. wird den Kampf der Erwerbslosen auf das allerstärkste unterstützen. Die Erwerbslosen müssen sich ihrer großen Kraft bewußt werden, wenn sie in roter Einheitsfront unter der Führung der RPD. und ihrer selbstgewählten Erwerbslosenausschüsse kämpfen.

Entfaltet auch in Schlesien und OS. eine

Protest- und Solidaritätskampagne gegen das Genfer Blutbad

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus der Schweiz gemeldet wird, sollen die 22 Genfer Soldaten, die wegen Verbrüderung mit den Arbeitern festgenommen wurden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Bombenanschlag in Lausanne wurde zum Vorwand genommen, um Massenverhaftungen von Kommunisten vorzunehmen.

Wir müssen auch in Schlesien und Oberschlesien in den Betrieben und auf den Stempelstellen und in allen proletarischen Massenorganisationen eine Protestkampagne gegen das Genfer Blutbad zur stärksten Entfaltung bringen. Die Arbeiterklasse muß Forderungen auf Zurückziehung der Polizei und des Militärs, auf Aufhebung des Militärstrafrechts, Bestrafung der verantwortlichen Polizei- und Militärorgane, sofortige Freilassung der verhafteten Soldaten, Aufhebung der faschistischen „Nationalen Union“ sowie auf Entschädigung der Familien der getöteten und verwundeten Arbeiter, vor allem in den Betrieben stellen. Hier müssen die schlesischen und ober-schlesischen Arbeiter ihrem proletarischen Internationalismus vollsten Ausdruck geben. Wir müssen durch die Protest- und Solidaritätskampagne der Arbeiterklasse der Schweiz unsere enge Verbundenheit beweisen.

Protestdemonstration gegen Papen

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtber.) Der Reichskanzler von Papen, der gestern mit der faschistischen Regierung in Dresden verhandelte, ist nach Halle abgefahren, wo heute schon Besprechungen

Hungerstreik in Groß-Strehlitz verschärft

Groß-Strehlitz, 15. November. Nachdem der Hungerstreik von 30 Kommunisten in der Festung Groß-Strehlitz seit 48 Stunden mit eiserner Disziplin durchgeführt worden ist, haben die Kämpfenden erklärt, daß sie ihren Kampf geschlossen und verschärft weiterführen werden. Sie haben der Verwaltung Mitteilung gemacht, daß sie Milch und Zucker, die bisher noch zu den Getränken geliefert wurden, nicht mehr zu sich nehmen werden.

Die Rote Hilfe hat am Sonntag und Montag in Groß-Strehlitz Flugblätter in großer Zahl verbreitet, in denen die Arbeiter und die Werktätigen aufgefordert werden, den Kampf der proletarischen, politischen Festungsgesangenen zu unterstützen. Zum ersten Male sind in Groß-Strehlitz Massenlettern an den Gefängnismauern und Häuserfronten zu lesen: „Nieder mit der Klassenjustiz, nieder mit der Hungerdiktatur, Rot Front!“ Auch unter dem Kleinbürgertum, wie überhaupt unter der gesamten Bevölkerung, hat der Hungerstreik eine breite Welle der Sympathie ausgelöst.

Die Kämpfenden appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, an alle Werktätigen: Helft uns unseren schweren Kampf siegreich zu beenden!

32 Neuaufnahmen für die RGO.

In der letzten Oktoberwoche haben wir in Schlesien 32 Neueintritte in die RGO. zu verzeichnen. Von den neuen Mitgliedern sind 12 Betriebsarbeiter, darunter zwei Frauen. Diese Kollegen gehören folgenden Berufen an: 14 Bau, 1 Textil, 3 Metall, 2 Nahrungsmittelgewerbe, 11 Warenhaus.

Die unteren Organisationsseinheiten der RGO. müssen gerade in dieser Zeit der fortgesetzten Angriffe der Unternehmer auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten ihre Werbearbeit systematisch verstärkt fortführen. Zur Auslösung neuer Kämpfe und zur Erreichung neuer Kampfsiege ist es notwendig, die organisierte Basis der RGO. zu vergrößern. Wir hätten in Schlesien viel mehr Streiksiege erzielen können, hätten wir vorher eine stärkere Fundamentierung der RGO. in den Betrieben und Gewerkschaften geschaffen.

Ozeiß und Wolynitowoff!

Wir haben nach den Reichstagswahlen die Radiomeldungen die ganze Nacht hindurch angehört und begrüßen freudig, dass das deutsche Proletariat sich mehr und mehr der Führung der kommunistischen Partei unterstellt. Dieser Wahlsieg wird den ausländischen Arbeitern und Spezialisten in der Sowjet-Union ein Ansporn sein, ihre Anstrengungen für den Aufbau in unserem sozialistischen Vaterland noch mehr zu verstärken.

Weiter auf diesem Wege! Rot Front!
Magnitogorsk. Arbeiter. Bauern.

Die Kommunisten in Front

Weiterer Niedergang der Sozialdemokratie — Verstärkter Rückgang der Hitlerbewegung

In Lübeck und in Sachsen fanden am 13. November, eine Woche nach der Reichstagswahl, erneut Wahlen statt. Ihre Ergebnisse sind wichtig, weil sie andeuten, welche Wirkung das politische Bild der Reichstagswahlen auf die Massen ausgeübt hat, was in den Massen weiter vor sich geht und welche weitere Entwicklung die Kräfte der Klassen nehmen.

In Lübeck, wo die Beteiligung bei den Bürgerlichswahlen am 13. November mit 80 Prozent etwa die gleiche war wie bei den letzten Reichstagswahlen, hatte gegenüber dem Sonntag zuvor die KPD, wenn auch kleinen Zuwachs um 16 Stimmen (auf 9940); die SPD, um 1719 Stimmen (5,8 Prozent) zurück und die Nazis um 1000 (12 Prozent), von denen die Deutschnationalen und der Sozialistische Volksbund etwa 3000 gewonnen.

In Sachsen, bei den Gemeindevahlen, war die Wahlbeteiligung geringer, meist erheblich geringer als bei der Reichstagswahl. Absolut verloren deshalb alle Parteien; eine Beurteilung erfordert also einen Vergleich dieser Verluste.

In Leipzig betrug die Wahlbeteiligung 78 Prozent, 10 Prozent weniger als am 6. November. Die KPD hatte 3927 Stimmen (3,9 Prozent) weniger, somit unter Abrechnung der geringeren Wahlbeteiligung ein Mehr von 6,1 Prozent, die SPD über 21 000 Stimmen (13,6 Prozent), die Nazis über 27 000 Stimmen (21 Prozent) weniger; von diesen bekamen die Volkrechtsparteier 16 000 Stimmen. Deutschnationalen und Volksparteier blieben nahezu unverändert.

In Chemnitz hatte die KPD mit 47 574 rund 120 Stimmen weniger als in der Vorwoche; die SPD verlor jedoch 2600 Stimmen (4,4 Prozent) und die Hitlerpartei verlor 10 200 Stimmen (12,8 Prozent). Auch die Deutschnationalen verloren hier etwa 2000 Stimmen. Von beiden erhielt den größten Teil, rund 10 000, die Mittelstandspartei.

In Dresden betrug die Wahlbeteiligung 60 Prozent, also 11 Prozent weniger als bei den Reichstagswahlen. Die KPD erhielt 59 780 Stimmen, etwa ein Minus von 7,4 Prozent. Die SPD ging um nicht weniger als rund 20 000 Stimmen, gleich 15 Prozent, zurück und die Nazis um rund 30 000 Stimmen, gleich etwa 22 Prozent, wovon die Mittelstandspartei etwa 7000 erhielt.

In Rauen hatte die KPD bei geringerer Wahlbeteiligung 14 151 gegenüber 14 369 Stimmen in der Vorwoche. Die SPD verlor von 10 751 Stimmen nicht weniger als 3134, gleich 28 Prozent! Die NSDAP verlor 6850 Stimmen, etwa 20 Prozent, wovon die Deutschnationalen rund 900 und Mittelstandsgruppen zusammen 2000 gewonnen.

Diese Wahlergebnisse offenbaren:

Der Rückgang der Hitlerpartei setzt sich in großem Maße weiter fort. In der einen Woche nach der Reichstagswahl haben in den Großstädten Zehntausende die NSDAP verlassen. In Lübeck, wo die NSDAP 1000 Stimmen verlor, sind davon 3000 bürgerliche und Kleinbürgerliche Elemente zur Deutschnationalen Partei bzw. zum bürgerlichen Volksdienst gegangen, die übrigen 1000 proletarischen und Kleinbürgerlichen bisherigen Anhänger blieben teils aus Enttäuschung, teils weil sie sich noch nicht positiv entscheiden konnten, der Wahl fern. In Sachsen verließen große Scharen die Hitlerpartei. Es wandelt sich in großem Maße um proletarische Elemente, die sich noch unentschieden, Wahlenthaltung übten, und zum anderen Teil, um Kleinbürgerliche Elemente, die entweder passiv blieben oder zu Mittelstandsgruppen gingen.

Überträgt man diese Ergebnisse auf das Reich, so ist festzustellen, daß seit den Reichstagswahlen weitere Millionen Werttätige die Hitlerpartei verlassen haben. Zählte die NSDAP bei den ersten Reichstagswahlen Ende Juli 1932 rund 13 Millionen und am 6. November etwa 11 Millionen, so dürfte sie heute nur 9 Millionen Anhänger zählen. Die Hitlerpartei, diese Partei des kapitalistischen Systems und der Verächter Elaverei, die Partei des Massenbetrugs, geht mit großen Schritten abwärts.

Die Sozialdemokratie hat in Sachsen, wie in Lübeck weiter hart verloren. Diese Verluste wiegen schwer, denn die sozialdemokratischen Anhänger waren weit enger mit der SPD verbunden, als etwa die Nazianhänger mit der NSDAP. Der neue Rückgang der SPD geht in die Tausende und in manchen Orten, wie Leipzig und Dresden, in die Zehntausende. Der größte Teil der bisherigen SPD-Anhänger konnte sich gleichfalls im politischen Sinne noch nicht entscheiden und übte Wahlenthaltung.

Im Reichsmaßstab umgerechnet, läßt sich der Verlust der SPD seit der letzten Woche auf 3/4 Millionen schätzen.

Der Niedergang der Sozialdemokratie, der Kapitulationspartei vom 20. Juli, der Streikbruchpartei von Berlin, Leipzig usw. nimmt seinen Fortgang.

In Front stehen allein die Kommunisten. Die KPD hat seit dem 6. November entweder, wie in Lübeck, eine kleine

Zunahme zu verzeichnen oder, wie im allgemeinen in Sachsen, ihre Stimme ungefähr gehalten, was bei der geringen Wahlbeteiligung einem guten Gewinn gleichkommt. In der einen Woche seit der Reichstagswahl gelang es der KPD, noch nicht, die tausende und zehntausende bisher sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiterstimmen aufzufangen, zumal es sich um Kommunalwahlen handelt, die seit jeher eine geringere Beteiligung der Arbeiterschaft aufweisen. Die KPD ist wieder der einzige Gewinner. Die Wahlen des 13. November offenbaren den weiteren Vormarsch der Kommunistischen Partei.

Am Hinblick auf die Streikwelle und die letzten Reichstagswahlen vom 6. November, stellte das Zentralkomitee der KPD fest:

„Die Kräfte der proletarischen Front wachsen immer rascher, während im Lager des Klassenfeindes der Niedergang der Sozialdemokratie, der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie anhält und die Zerlegung der faschistischen Massenbewegung in großem Maße eingeleitet hat.“

Die Ergebnisse vom 12. November unterstreichen diese Feststellung. Sie sind ein neues Symptom des revolutionären Aufschwungs und des Heranreifens der revolutionären Krise.

Sozialdemokratische Arbeiter, ihr wendet euch mit Recht immer mehr ab von der Kapitulations- und Streikbruchpolitik der Sozialdemokratie, — Proleten der NSDAP, ihr seht in immer größerer Zahl der kapitalistischen Hitlerpartei des sozialen und nationalen Verrats den Rücken,

ihr dürft euch nicht beiseite stellen.

Die kapitalistische Klasse holt zu neuen Schlägen, zu Lohnkürzung, Sozialabbau und zu neuen faschistischen Maßnahmen aus, und bedroht die werktätigen Massen aufs schmerzliche. Die KPD ruft euch und alle Arbeiter zur aktiven Gegenwehr in Einheitsfrontaktion für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus.

Kein Arbeiter darf beiseite stehen, kein Arbeiter darf in Indifferenz versinken! Vorwärts geschlossen und entschlossen!

Steigert den Proteststurm gegen die neue Zuchthausordnung in den Festungen

Der Hungerstreik der Groß-Strehliker Festungsgefangenen hat auch sein Echo bei den christlichen Arbeitern gefunden!

Groß-Strehli. Am Sonnabend, dem 12. November, sind in der Festungshauptstadt Groß-Strehli von 41 Festungsgefangenen 39 in den Hungerstreik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Verschlechterung der Festungshaft, deren Einzelheiten in der Presse in diesen Tagen bereits mehrfach besprochen wurden.

Für den Beginn des Hungerstreiks waren auch Zeitungsmeldungen über den Beginn des Hungerstreiks in den Festungen Bielefeld und Weiermünde maßgebend, die die Festungsgefangenen trotz Briefkontrolle und Zurückhaltung von Zeitungen erreichten. So wird der Kampf der Groß-Strehliker Festungsgefangenen auch ein Akt der Solidarität für die bereits länger im Kampf befindlichen Festungsgefangenen in Bielefeld und Weiermünde.

Schon als im Sommer die ersten Nachrichten über die beabsichtigte Verschärfung und radikale Verschlechterung der Festungshaft bekannt wurden, waren die Festungsgefangenen fest entschlossen, jeder Aenderung der bestehenden Festungshaft den schärfsten Widerstand entgegen zu setzen. Als am 8. November die Verschlechterungen durchgeführt wurden, wurde sofort mit Kampfmaßnahmen begonnen, die bis zum schärfsten Kampfmittel, dem Hungerstreik, gesteigert werden sollten. Als jedoch die Nachrichten aus Bielefeld und Weiermünde kamen, wurde sofort mit dem Hungerstreik begonnen.

An dem Hungerstreik sind 39 Kommunisten beteiligt, und zwar aus Berlin: Wörpel, Garmann, Trolatitz, Blentz, Kocher, Hoffmann, Meiser, Beder, Kämmerer, Meyer, Klein, Krajezi, Hauswirth, Witzel, Gohl, Pantow und Brudmann; aus der Provinz Brandenburg von Fürstentum: Frost, Hubler, Schulich, Marwitz, Schüge; und von Schneidemühl: Pregel. Ferner aus dem Bezirk Ostpreußen: Maßkist, Neureuter, Patzschall, Schneegge, Korn; aus Sachsen: Derschowski, Himmel; aus Pommern: Sigalka, Ebringtubbe; aus West-

Die Presse zu den Vorgängen in Genf

Ueber die Vorkommnisse in Genf berichtet der „Berliner Montag-Morgen“:

„Als bei der Fahnenübergabe (am letzten Sonnabend) im Palais des Expositions der Flaggenkommandant Oberst Leberrey eine Ansprache hielt, rief ein Mann aus der Truppe: „Mörder!“. Er wurde sofort verhaftet und der Militäruntersuchungsbehörde überstellt. Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich einige Zeit später. Einige Soldaten der im Palais des Expositions befindlichen Truppen sind mit vorübergehenden Kommunisten in Unterhaltung getreten. Sie wurden gleichfalls der Militäruntersuchungsbehörde überstellt.“

„Die gestrigen Vorgänge bei der Truppe selbst haben zu mancherlei Kombinationen geführt. So heißt es, die gestern abend erfolgte Hinzunahme der beiden massistischen Bataillone habe sich deshalb als notwendig erwiesen, weil verschiedene Anzeichen darauf hindeuteten, daß man sich im Ernstfalle nicht unbedingt auf die Genfer Truppen verlassen können. Es heißt aber, daß auch Teile der Genfer Truppen zeitweilig in bedrohlicher Weise von den Fenstern ihrer Kasernen aus mit der Menge zu fraternisieren begannen. Viele von ihnen sollen sich an dem Gesang der Internationale beteiligt haben.“

Die „Welt am Montag“ meldet aus Genf: „Die Genfer Truppenteile haben ihren Unwillen gegen die Haltung der Offiziere durch den Gesang der „Internationale“ deutlich zu erkennen gegeben. Bei der Fahnenübergabe an die mobilisierten Truppen wurde dem Flaggenkommandanten Oberst Leberrey aus den Reihen der Soldaten „Mörder“ zugerufen. Der Soldat wurde verhaftet und dem Militärgericht übergeben. Ebenso einige andere Soldaten, die sich mit der Bevölkerung unterhalten haben. Schließlich wurden die Genfer Truppenteile aus der Stadt zurückgezogen und in abseits gelegenen Schulen untergebracht.“

Völkerbundarmee gegen die Sowjetunion

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident Herriot hat gestern seinen Rüstungsplan im Wortlaut bekanntgegeben. Es stellt sich jetzt heraus, daß der Plan neben Aufstellung von kurzfristig ausgebildeten Truppen (Miliz, oder allgemeine Dienstpflicht), als Hauptpunkt die Schaffung langjährig auszubildender Truppenformationen vorsieht, die mit allen Waffen, auch mit den schwersten ausgerüstet sein sollen. Diese besonderen Truppenformationen sollen zusammen eine Völkerbundarmee darstellen. Wenn ein Staat zum „Angreifer“ gestempelt wird, sollen diese Truppenformationen verpflichtet sein, sofort gemeinsam gegen diesen Staat vorzugehen. Wer zum „Angreifer“ gestempelt wird, das soll der Völkerbundrat entscheiden. Währenddem aber bisher im Völkerbundrat ein einstimmiger Beschluß dazu notwendig war, soll jetzt die Entscheidung darüber, wer zum „Angreifer“ gestempelt wird, im Völkerbundrat schon mit Stimmenmehrheit festgesetzt werden. Damit hätte die französische Regierung mit den von ihr abhängigen Regierungen jederzeit die Entscheidung in der Hand. Es ist klar, daß dieser Plan Herriots nichts anderes ist, als die neue Auflage des Tardieu-Planes auf Schaffung einer Völkerbundarmee. Ebenso klar ersichtlich ist es, daß diese Völkerbundarmee gegen die Sowjetunion gerichtet sein soll.

Herriot erklärt einen Interventionenkrieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Bezeichnend ist, was der „Vorwärts“ zu dem Plane schreibt: „Manche Gesichtspunkte und Einzel-

heiten des französischen Planes verdienen nach wie vor Beachtung und Unterstützung.“

Die SPD-Führer sind mit dem Aufrüstungsplan einverstanden, weil sich die Spitze gegen die Sowjetunion richtet.

Berichtigung

zu den „Mitteilungen der KPD“ über die Parteikonferenz Oktober 1932

Auf Seite 10 der „Mitteilungen“ ist veröffentlicht die Resolution des 12. Effi-Plenums über die Lehren der wirtschaftlichen Streiks und des Kampfes der Erwerbslosen (Resolutionen zum Bericht des Genossen Thälmann und zu den Korrespondenzen der Genossen Leuhl und Gottwald). Der Artikel läuft von Seite 10 auf Seite 11 zur Seite 12 und schließt mit Punkt 6 in den „Mitteilungen“ ab. Hier ist der Fehler durch Versehen des Satzes entstanden. Unmittelbar an den Punkt 6 auf Seite 12 muß sich anschließen Seite 14, 2. Spalte, 1. Absatz: „Die Hauptaufgabe aller revolutionären Gewerkschaftsoppositionen...“ bis zum Schluß.

Berichtigung. In dem Artikel: „Sturmzeichen im Ruhrgebiet“ der gestrigen Nummer, ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Gleich zu Beginn des Artikels muß es richtig heißen: „In Dortmund hat man nicht nur der Belegschaft des Hörber Vereins einen Lohnabbau von 10 Prozent für die 31. bis 40. Stunde diktiert,“ usw.

Judene Wüßler aus Lippe 3 in Lippe in Lippe Zeitung!

Werde heute noch
Abonnent der Zeitung
die nur deine
Interessen wahrnimmt

bei Schirdewan Jahr-
zehnelange Erfahrung!
Viele Monate wenn nicht
Jahre, lagert der Schirdew-
wan-Rum zur Ausrellung.
Originalflasche Schirdew-
wan-Rum-Verschnitt von
75 Pf. bis 14.30 M

Kein Haus
ohne

Rum von Schirdewan

Schirdewan-Verkaufs-
stellen in Breslau:

- Blücherplatz 5/7
- Brockau, Breslauer Str. 2
- Feldstraße 11/12
- Friedrich-Wilhelm-Str. 14
- Friedrich-Wilhelm-Str. 46
- Hirschstraße 59
- Junkarnstraße 37
- Katharinenstraße 9
- Klosterstraße 104
- Messergasse 19/21
- Mathiasstraße 103
- Niedriggasse 19/21
- Niederstraße 6A
- Rosenhainer Straße 29
- Sternstraße 43
- Trebnitzer Straße 16
- Weißenburger Str. 13
- Westendstraße 80

Lebenslauf und Umgebung

Breslau, den 16. November 1932.

Schwindler versuchen Proleten zu betrügen

Von einem Handwerker erhalten wir einen besonderen Hinweis auf eine sogenannte Wohlfahrts-Einrichtung „Sorgenfrei“, G. m. b. H., dessen Gründer ein gewisser Herr Weber ist. Dieses Institut „Sorgenfrei“ ist aber nirgends ansündig zu machen.

Ein Werkstätiger, der bereits seit Januar 1931 arbeitslos ist, in seinem Beruf als Schneider keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr finden kann, verliert einen anderen Beruf zu ergreifen. Die familiären Verhältnisse zwingen ihn ebenfalls zu diesem Schritt. Der Werkstätige besitzt eine seit Jahren schwerkrante Tochter, die kaum leben, sondern nur vegetieren kann. Der erwerbslose Kollege versucht mit allen Mitteln der Tochter das Dasein zu erleichtern, was bei der großen Unterfütterung natürlich außerordentlich schwer ist. Er verfuhrte daher einen kleinen Handel anzufangen, wozu er allerdings als Anfangskapital etwa 300 RM. gebraucht hätte. Dieses Geld wurde ihm von dem oben erwähnten Herrn Weber, dem angeblichen Gründer der „Sorgenfrei“ angeboten. Seit Juni d. J. stehen nun diese beiden in „Geschäftsverbindung“, ohne daß der erwerbslose Schneider die versprochenen 300 RM. erhalten hätte. Die Erklärung des Herrn Weber lautet immer, daß er noch nicht dran ist.

In dieser Zeit hat Weber von dem Erwerbslosen unter allerhand Erklärungen 32,38 RM. die angeblich zur Beschaffung der 300 RM. notwendig sind, aus der Tasche gelockt.

Der Erwerbslose hat natürlich dieses Geld sich ebenfalls von anderer Seite leihen müssen und ist auf dem besten Wege, nicht nur seine Hoffnung auf die 300 RM. und damit die Gründung einer neuen Existenz begraben zu sehen, sondern auch die bereits bezahlten 32,38 RM. können als verloren gelten. In der Zwischenzeit sollen noch weitere Käufe des Betruges dieses Instituts „Sorgenfrei“ bekannt geworden sein, sodaß die Staatsanwaltschaft wohl oder übel hier wird einreifen müssen.

Wir veröffentlichen diese Mitteilung in der „Arbeiter-Zeitung“, um den Lesern zu zeigen, wie es verläuft Elemente gibt, die sich noch an der Not der Werkstätigen bereichern und Profite zusammenzählen. Das sind alles Früchte einer korrupten, anarchischen, kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung, die nur auf den Profit und der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen aufbaut ist. Solange es ein kapitalistisches System gibt, wird Korruption und Betrugerei nicht erfolgreich bekämpft werden können.

In einem Arbeiter- und Bauernstaat, wo auch die Korruptionsversuche in höchsten Anstufen mit aller Mittelschleifheit bekämpft werden, besteht die Gewähr, daß kein Werkstätiger mehr das Opfer gewissenloser, profitierender Räuber wird.

Zeugen gesucht!

In der Nacht zwischen 9.30 bis 10 Uhr abends wurde in der Meißnerstraße ein Radfahrer von drei jungen Männern überfallen. Ein Arbeiter, der dazu kam, forderte die jungen Leute auf, sich nicht an dem Arbeiter zu verzeihen. Daraufhin wurde der hinzugekommene Arbeiter von einem der drei jungen Männer mit einer Tränengas- pistole ins Gesicht geschossen.

Der Vorfall wurde von Arbeitern bemerkt. Der Radfahrer, der angefallen wurde, sowie Arbeiter, die den Vorfall beobachtet haben, werden ersucht, sich bei Karl Guhr, Goldene Radegasse 9, Seitenhaus, 2 Treppen, zu melden.

Christliche Nächstenliebe

Von den Caritasverbänden werden, wie auch von den übrigen Organisationen, an Bedürftige sogenannte Volkshilfsmarken ausgegeben. Beraugene Woche kam eine Arbeiterin zum Pastor L. an der Eiskirchenstraße. Sie ersuchte um einige Volkshilfsmarken. Doch sie hatte die Rechnung ohne diesen Herrn Pastor gemacht. Dieser erklärte der Arbeiterin, er könne ihr keine solchen Marken geben; sie solle sich an die Organisation wenden, wo sie hingehöre.

Die Praxis von all den Hilfspflichten, die die Geistlichen den Kindern jahrelang in die Köpfe hämmern, wird hier von dem Pastor demonstriert. Die Arbeiterin, die am eigenen Körper Not und Elend würt, hatte sich erlaubt, bei der letzten Wahl eine Fahne für die Liste 3 herauszugeben. Das war der Grund, weshalb sie die Volkshilfsmarken, die nicht für sie, sondern für ihre Kinder bestimmt waren, nicht erhielt.

Die Arbeiterklasse weiß, daß sie nicht durch Almosen sich die Re-

Nazi läßt einem blinden Arbeiter die Möbel versteigern

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, die große Phrase der NSDAP.

Breslau. Ein Arbeiter kaufte im Jahre 1930 bei der Firma L. Pasko, Fischergasse 23, Möbel im Werte von 1244,50 RM. Die einzelnen zu zahlenden Raten wurden in einer Höhe bis zu 944 RM. bezahlt. Durch einen Unfall brach sich der Arbeiter eine Hand, wodurch seine Einkommensmöglichkeiten für eine lange Zeit wesentlich verschlechtert wurden. Zu erwähnen ist noch, daß der Arbeiter blind ist und ihn daher der Unfall doppelt hart traf. Zur Zeit des Unfalls blieb auf die Möbel also noch eine Restschuld von 300 RM.

Die Firma Pasko kümmerte dieser Unfall ihres Kunden nicht; sie erließ einen Zahlungsbefehl, worauf die Möbel abgeholt werden sollten, trotz der oben bereits erwähnten gezahlten 944 RM. Der Arbeiter setzte sich gegen die Abholung der Möbel zur Wehr und verfuhrte unter Anstrengung aller Kräfte die Raten laufend weiter zu bezahlen. In der Zwischenzeit wurden von der Restsumme von 400 RM. weitere 280 RM. abbezahlt. Am 12. November die fällige Monatsrate von 60 RM. noch nicht bezahlt war, erhielt der Arbeiter von der Firma die Mitteilung, daß seine Möbel am 7. Dezember versteigert werden sollen.

Der Möbelhändler Pasko erklärt, selbst Nationalsozialist und „Kämpfer gegen das Buchertum“ zu sein. Das hindert ihn allerdings nicht, einem blinden Arbeiter, der eine monatliche Rente von 64 RM. erhält, die Möbel versteigern zu lassen, wenn nicht zur Stunde die Raten eingegangen ist. Pasko verlangt von dem Arbeiter außerdem noch 80 RM. Verzugszinsen.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ — diese nationalsozialistische Parole wird hier von dem nationalsozialistischen Möbelhändler Pasko in aller Deutlichkeit in die Praxis umgesetzt. Die wertvollen Massen aber müssen erkennen, daß all die rabulischen Phrasen der Faschisten nur zur Irreführung der wertvollen Massen hinausposaunt werden, daß sie selbst in der rigorosesten Weise ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen ihren eigenen Profit, wie alle übrigen Kapitalisten, an die erste Stelle setzen.

Die Werkstätigen, die heute noch diesen verlogenen Parolen der Nazis nachlaufen, müssen sich mit Absehen von ihnen wenden und in die rote Klassenfront einreihen.

Lohnraub an dem Personal auf dem Hauptbahnhof

Was geht im Bahnbetriebswerk Lokomotivschuppen auf dem Hauptbahnhof vor?

Bisher wurden die gesetzlichen Feiertage bezahlt. In diesem Jahre soll der Vuktag als unbezahlter Feiertag eingeführt und damit einer Fetersticht gleichgestellt werden.

Da diese Meldung erst kurz vor Redaktionsschluss uns erreicht, bringen wir heute die kurze Mitteilung und werden uns in der

Donnerstag-Nummer ausführlicher mit dem Hauptbahnhof beschäftigen.

Die Belegschaft auf dem Hauptbahnhof muß sich sammeln, um geschlossen den neuen rigorosen Abbaumassnahmen entgegenzutreten zu können.

benötigt in diesem mörderischen kapitalistischen System verbessern kann, sondern daß nur im Kampf für Arbeit und Brot die Freiheit der gesamten Klasse und damit auch Arbeit und Brot für alle Schaffenden errungen werden kann.

Achtung! DMV.-Mitglieder

Branchenversammlung: Former und Berufsgenossen: Donnerstag, den 17. November, 19.30 Uhr, Zimmer 10. — Maschinen- und Konstruktionschlossler: Donnerstag, den 17. November, 19.30 Uhr, Zimmer 6. — Elektriker: Sonnabend, den 19. November, 19.30 Uhr, Zimmer 5.

Winterhilfe des Herrn Dr. Bleul-Rädli

Bedern. Herr Dr. Bleul ist Pächter der Güter des Grafen v. Saurma-Rädli (Bedern und Neudorf), welches vom Grafen als unrentabel bezeichnet wurde. Um des Profites willen werden außer den großen Antreibermethoden gegen die dort beschäftigten Arbeiter noch andere Maßnahmen vorgenommen. Da die Vermisten der Armen ihren Vorrat für den Winter durch Kartoffelstopfen auf dem Acker dieses Gutes beschaffen wollten, wurden nun sogenannte Stopfparten zum Preise von 50 Pfg. ausgegeben. Nun gibt es aber noch Proleten, die die 50 Pfg. nicht bezahlen können, unter anderen auch einige alte Mütterchen, die zeitweilig auf dem Gute geschunden haben; sie werden erbarmungslos vom Felde gejagt. So richtete der Herr Inspektor Teuer sein Hauptaugenmerk darauf, daß niemand ohne Stopfparten auf dem Felde war. Der Wirtschaftseleve Köhner hatte seine Hauptbeschäftigung im Karten kontrollieren und der Kapitalstreicht Pasko mußte ihm behilflich sein, jeden, der nicht im Besitz einer Karte war, vom Acker zu befördern.

Das ist die Anfurbelegung der Wirtschaft des Dr. Bleul im kleinen Maßstabe. Euch Landarbeitern sagen wir, daß keine NSDAP. und keine schwarze Front diese Verhältnisse ändern werden, sondern die Werkstätigen können sich nur ein menschenwürdiges Dasein verschaffen, wenn sie im Kampf gegen den Kapitalismus Schulter an Schulter mit der KPD. marschieren. Landproleten, reißt euch ein in die rote Klassenfront!

logar in den Hof gelaufen und holte von dort ein Stück Holz, mit dem er den Genossen Janeski schlagen wollte; daran wurde er verhindert.

Doch Faschisten finden milde Richter, das haben alle Urteile der Vergangenheit gezeigt. Faschisten belasten die Arbeiter, diese bringt man auf die Anklagebank und verurteilt sie. Trotzdem die Aussagen der belastenden Nazi ungeheure Widersprüche aufwiesen, wurde die Genossin Garn zu 3 Monaten, Karl Witschel zu 4 Monaten und Kurt Garn zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die vier weiteren Angeklagten wurden freigesprochen.

Wenn wir dagegen das Urteil von Schweidnig vergleichen, wo der Fememörder Heines, der den Mordbuben nicht nur zur Flucht verhalf, sondern der von dem geplanten Mord wußte, erhält 6 Monate Gefängnis. Fürwahr, es ist eine Tatsache: Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. (Wer lacht da?)

Werkstätige, reißt euch ein in die rote Hilfe, helft den Kampf gegen die Klassenjustiz organisieren. Bergeht nicht unsere proletarischen politischen Gefangenen!

Brutaler Hausbesitzer ruiniert Arbeiterfamilie

Nattwik. In einem Kollegen ist eine Schandtat verübt worden. Ein Familienvater von vier Kindern befindet sich in Not. Er selbst ist krank und in Erholung, seine Frau und die vier Kinder wechselliebt die Wohnung, da sie durch die paar Bettelstümpfe, die man von der Wohlfahrtsfürsorge in der hiesigen Gemeinde zahlt, in Mitleidsstand geraten waren. Der Hauswirt ließ die Nähmaschine beschlagnahmen, die die Frau allmählich bei vier Kindern braucht.

Sechs Personen sollen mit 20 Mark Wohlfahrtsunterstützung leben. Es ist eine Gemeinheit von diesem Hauswirt, der doch weiß, daß diese Familie kein Verschulden trifft. Dieser brutale Nazifreund hat ein Lebensmittelsgeschäft und die Arbeiterkassette hat die Pflicht, sich ihre Freunde und Feinde zu merken, damit sie nicht ins Verackten geraten.

Nattwiger Kollegen her zu uns, reißt euch ein in die Front gegen unsere Unterdrücker und Ausbeuter. Kämpft in geschlossener Front um ein besseres Dasein.

Die Liquidierung der Erwerbslosigkeit

Das wichtigste Ergebnis ist die Liquidierung der Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion, während im Kapitalismus die Erwerbslosennahme von Jahr zu Jahr um Millionen und aber Millionen anwächst. Von 1928 bis 1932 ist in der Sowjetunion der durchschnittliche Arbeitslohn in der gesamten Volkswirtschaft um 72 Prozent gewachsen. Im Budget der Volkswirtschaft wuchs der Arbeitslohnfonds von 11 Milliarden Rubel 1928 auf 26 Milliarden Rubel 1932. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich seit dem Jahre 1928 fast verdoppelt und die Zahl von 21 Millionen erreicht. Ich bin der Auffassung, daß sich dieses Tempo im kommenden Jahre noch schneller vollziehen wird. Das Wachstum des Proletariats, das ist ein gewaltiger Erfolg im sozialistischen Aufbau, denn das Proletariat, das ist die Kraft, die die proletarische Diktatur verleiht. (Große Zustimmung.)

Die Ausgaben für Sozialversicherung, medizinische Hilfe, kulturelle Ausgaben usw. haben sich im Verlaufe von vier Jahren verdoppelt. 1932 wurden pro Arbeiter 200 Rubel für die Zwecke verausgabt. In den Industriezentren entfaltet sich der Wohnungsbau in immer größerem Maße. Von 1928 bis 1931 wurden für drei Millionen Arbeiter neue Wohnungen geschaffen und allein im laufenden Jahr werden im Moskauer Gebiet weitere drei Millionen Arbeiter Wohnung erhalten. Genossen! Das ist ein wirklicher Erfolg. (Große Zustimmung, Beifall.) Von der gesellschaftlichen Erziehung sind gegenwärtig bereits 35 Prozent der gesamten Bevölkerung erfasst. So können noch Hunderte von Beispielen angeführt werden; Tatkraft, Erfolge an der Kulturfront in der Sowjetunion, die die Kraft und die Macht der Arbeiterklasse demonstrieren.

Wir entnehmen diesen Abfah aus der aktuellen Broschüre, die nur 10 Pfg. kostet und jeder Werkstätige lesen sollte: Die Wahrheit über die Sowjetunion. — Zu haben bei allen Lit.-Dilekten der Partei.

Neue Halle. Am 8. November 1932 ist für die Kraftomnibuslinie A (Kehler Keller-Herrnproisch bzw. Alt-Stubelwisch) am Westausgange von Pilsnig am Friedhofswege eine Hallestelle in beiden Fahrtrichtungen eingerichtet worden.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlosische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 56.

Rum von altersher bei Schirdewan. Seit 1762 lobt Schlesien seinen Schirdewan. Schon zu Großvaters Zeiten kaufte der Schlesier seinen Rum bei Schirdewan, und auch heute läßt er sich nicht betriegen, er weiß, was gut und zuverlässig ist. Rumlauf ist Vertrauenssache. Deshalb wählt er Schirdewan und hat die Gewißheit, für seine Gesundheit das Beste im Hause zu haben. Dieses Jahr nach der Steuerentlastung sind die Preise wieder erschwinglich, und Schirdewan ist gut und billig zugleich.

Herl-Lohn! Läst am Freitag. Beachten Sie das Inserat in heutiger Nummer.

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Breslau, Graupenstraße 6/10

RUND UM DEN ERDBALL

Im „Haus der Kommune“

Ein Haus, das die Sowjetunion von morgen verkörpert

(Von unserem St.-Korrespondenten)

„Das Haus der Kommune“, liegt im Lenin-Raion, einem der neuen Bezirke, die aus dem Schutt des alten Moskau am Rande der Stadt entstehen. In diesem Raion war es, wo im Jahre 1918 von der Sozialrevolutionärin Jana Kaplan ein Revoluzzerattentat auf Lenin verübt wurde. An der Stelle des Attentats haben die Moskauer Arbeiter ihrem geliebten Führer ein eigenes Denkmal errichtet.

Das Haus der Kommune ist ein schöner großer Neubau. Aber das ist nicht das Besondere an ihm; es gibt heute in Moskau — neben den vielen alten und schlechten Hütten, den Zeugen einer bösen Vergangenheit — schon hunderte, um nicht zu sagen tausende schöne neue Wohnhäuser, in denen Arbeiter bei niedrigen Mieten gut, sauber und gesund wohnen. Das Besondere besteht darin, daß hier die Arbeiter auf eine ganz neue Art zusammenwohnen. Das Leben im Haus der Kommune, — das ist Leben in den Formen und im Geiste des Sozialismus.

Nicht mehr an die Küche gebunden

Hier ist man im gemeinsamen Speisesaal, man kocht in einer Küche für alle gemeinsam. „Da haben wir es“, ruft hier der deutsche Speiseger, „der Sozialismus unterdrückt das Individuum, jeder muß essen, was ihm vorgesetzt wird“. Keineswegs! Es gibt kleine Küchen, die von je 3 bis 4 Wohnungen zusammen benutzt werden können und in denen jede Familie Kleinigkeiten kochen kann. Im Gemeinsamen genießt also jeder höchstmögliche persönliche Freiheit. Und ist es nicht ein kolossaler Fortschritt, daß hier in der Kommune die Frau von der Sklaverei der Küchenarbeit befreit ist? Und nicht nur von der Küche! Auch das Waschen und Bügeln wird gemeinsam besorgt. Die Arbeiterin, die am Abend aus der Fabrik kommt, ist nicht mehr — wie in Deutschland — gezwungen, stundenlang der ermüdenden Hausarbeit nachzugehen. Wenn sie den Betrieb verläßt, ist der Arbeitstag für sie beendet.

Vor 6 Monaten bis zu den ersten Gehversuchen

Im Haus der Kommune wird der Arbeiterin auch die Sorge um das Kind abgenommen. Geht sie morgens zur Fabrik, so bringt sie ihre Kleinen in die Kinderkrippe, die übrigens auch für die Kinder der Arbeiterinnen des Betriebes „Roter Proletariat“ eingerichtet ist. Und sie ist vorbildlich eingerichtet! Für die Kleinsten im Alter von zwei Monaten bis zu zwei Jahren (bis zu zwei Monaten bleiben sie bei der Mutter, die ja zwei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt Urlaub bei voller Entlohnung erhält), — für diese Kleinsten ist eine ganze Flucht von Zimmern vorhanden. Da ist ein Raum für die zwei bis sechs Monate alten Kinder, ein anderer für Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu einem Jahre zwei Monaten; hier kriechen die Kleinen drolligen Kerle auf allen Vieren herum und lassen sich auch durch unsere Anwesenheit nicht im mindesten stören. Ein besonderer Raum wiederum ist vorhanden für solche Kinder, welche die ersten Gehversuche machen; sie werden dabei durch sanftmütige Vorrichtungen unterstützt. Auf einer durch Glasfenster nach außen abgeschlossenen Veranda stehen Betten, wo die Kleinen in frischer Luft schlafen können, soviel und solange es ihnen behagt. Außerdem gibt es einen Baderaum, ein ärztliches Untersuchungszimmer und — ein Zimmer, in dem die Kleinen alle in Reih und Glied auf dem Töpfchen sitzen.

Die Kinder erhalten viermal täglich zu essen. Arbeiterinnen, die am Tage arbeiten und abends nach Hause kommen, holen dann ihre Kinder ab. Haben sie Nachtschlaf, so bleiben die Kleinen 24 Stunden in der Krippe. Und sie werden von geschulten Erzieherinnen, unter ständiger ärztlicher Kontrolle, ausgezeichnet behandelt. Alle jahen gesund und frisch aus.

Von 2 bis 7 Jahren

Dasselbe trifft zu auf die zweite Abteilung, in der die Zwei- bis Siebenjährigen untergebracht werden. Auch diese sind in drei Altersgruppen eingeteilt, von denen jede etwa 30 Kinder umfaßt. „Arbeit und Spiel“, das ist das Leitmotiv für die Erziehung der Zwei- bis Siebenjährigen. Sie haben Räume, wo sie basteln können, sie haben Spielzimmer, Speiseräume, Badekabinen, eine eigene kleine Küche und einen Saal, in welchem sie morgens gymnastische Übungen machen, mittags zwei Stunden schlafen (jeder hat ein eigenes Bett) und zwischendurch Musik hören und musizieren lernen, denn auch ein Klavier ist für diese Kinder vorhanden. Als wir dort waren, riefte sich eine Gruppe neben zum Morgenpaziergang. Ein kleiner Pionier begrüßte uns mit seiner hellen Stimme mit einem „Wschja gotow!“ (Seid bereit!).

worauf ihm die ganze Gruppe erwiderte: „Wschja gotow!“ (Zimmer bereit!).

In einem der Räume dieser herrlichen Stätte finden wir ein rotes Tuch mit der Aufschrift:

„Wir wollen mehr Kinderstuben haben, mehr Schulen und Kindergärten. Nur so werden wir imstande sein, Kommunisten zu erziehen.“

Hier werden Kommunisten erzogen, hier wächst eine Jugend auf, die Träger einer neuen besseren Zukunft sein wird.

„Gesellschaftliche Arbeit“

Im Haus der Kommune ist diese Zukunft — für das deutsche Proletariat noch Kampfgut — schon fast Gegenwart. Gewiß ist das Haus der Kommune nur erst ein Anfang, — aber ein verheißungsvoller Anfang. So wie die Bewohner dieses Hauses aus dumpfen Kellern in die hellen hellen Räume eingezogen sind, so wird dies in wenigen Jahren für alle Arbeiter Moskaus und der ganzen Sowjetunion Tatsache sein. In der Tat: eine Rundfrage ergab, daß der größte Teil der Bewohner des Hauses der Kommune bis zu dessen Fertigstellung in Kellerwohnungen

lebte. Und es sind nicht wenige! 1400 Personen wohnen hier. Sie wurden nicht wahllos aufgenommen; die betrieblichen Kommissionen wählten aus der großen Zahl der Bewerber die besten aus und der Moskauer Sowjet bestätigte sie. Die Besten — das heißt: die tüchtigsten Stoßbrigadler, die aktivsten Arbeiter, die tapfersten Kämpfer um die Erfüllung des Produktionsplanes. Je nach der Kopfhöhe bewohnt jede Familie ein bis drei Zimmer, nicht eingerechnet die Küchen für je drei bis vier Wohnungen und die Badeanlagen. Ihre freie Zeit verbringen viele Arbeiter nicht in ihrer Wohnung, sondern im Klub, wo Schach gespielt wird, wo man liest und diskutiert. In einem aufs modernste eingerichteten Saal werden Filme vorgeführt, Theaterstücke gespielt, Konzerte gegeben. Hier werden auch Kinder und Jugendliche von einem der ersten Professoren des Moskauer Konservatoriums unentgeltlich in Musik unterrichtet. Das ist keine „gesellschaftliche Arbeit“.

Als wir das „Haus der Kommune“ verließen und durch die Grünanlage im Vorhof auf die Straße hinausritten, sagte mir ein englischer Journalist: „Ich habe so etwas Großartiges bei uns in England nie gesehen“. Ich konnte ihm entgegen, daß es auch in Deutschland solche Einrichtungen nicht gibt. Die Sowjetunion ist das erste und einzige Land, das durch die proletarische Diktatur, unter der Führung der bolschewistischen Partei, die Grundlagen geschaffen hat zum Aufbau nicht nur der sozialistischen Wirtschaft, sondern auch des sozialistischen Lebens. Am 15. Jahrestag des roten Oktober sollen die deutschen Arbeiter daran denken.

Einsturz einer Mietskaserne

18 Proleten getötet, 20 verwundet

Warschau, 14. November. Im Norden der Stadt hat sich heute eine furchtbare Einsturzkatastrophe ereignet, die, soweit bis jetzt festgestellt, 18 Todesopfer gefordert hat.

Die Katastrophe geschah früh um 6 Uhr. In dem eingestürzten Gebäude war eine Brauerei mit sehr großen Hopfenvorräten untergebracht. Daneben stand ein kleines Wohnhaus aus Holz. Das Brauereigebäude war alt und baufällig und konnte dem gewaltigen Druck der Hopfenmassen nicht mehr standhalten. Der Einsturz erfolgte unter ungeheurem Getöse. Die Hopfenmassen,

Stein- und Ziegeltrümmer stürzten auf das kleine Wohnhaus, das vollständig begraben wurde.

Das eingestürzte Gebäude war eine Mietskaserne, in der Duzende Proletarierfamilien eng zusammengedrängt hausten. Ohne sich um die Tragfähigkeit zu kümmern, lagerte man hier Hopfenmassen ein und die Katastrophe blieb nicht aus. Ein ähnliches Verbrechen hat sich unlängst in der Schweiz ereignet. Hier handelt es sich um keine Zufälle, um keine Elementarkatastrophe, sondern um ein willkürliches Aufspielen von Arbeiterleben um der Profites willen.

Polnische Nazis

machen Pogrom

Warschau, 14. November. In Lemberg kam es am Sonnabend zu antisemitischen Ausschreitungen. Bei einer gegen die Juden gerichteten Kundgebung von über 1000 polnischen Hochschülern mußte die Polizei eingreifen und die Menge mit Gummiknüppeln auseinandertreiben. Daraufhin zerstreuten sich die Studenten in kleinere Gruppen und belästigten jüdische Passanten. Bei jüdischen Kaufleuten wurden die Fensterscheiben zertrümmert. In mehr als hundert Läden wurden über 200 Schaufensterscheiben eingeschlagen. Am Abend wiederholten sich die Ausschreitungen, die nur mit Mühe von der Polizei unterbunden werden konnten. Insgesamt wurden mehr als 40 Personen festgenommen. Acht Hochschüler trugen Verletzungen davon.

28 Tote eines Schlagwetterunglücks

London, 14. November. Durch Schlagwetter entstand auf der Kohlengrube Edgelane (Lancaster) eine furchtbare Explosion. In der Grube befanden sich zur Zeit der Katastrophe 106 Mann. Bisher sind 24 Leichen geborgen worden, sechs Bergarbeiter wurden schwer verletzt und 72 unverletzt gerettet. Vier werden noch vermißt.

Die fieberhaften Versuche, die vier Bergarbeiter noch zu retten, blieben bisher erfolglos, so daß man die Hoffnung so gut wie aufgegeben hat. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich damit auf 28. Alle aus dem 300 Meter tiefen Schacht bisher geborgenen Leichen waren mit Brandwunden bedeckt und zum Teil vollkommen unkenntlich.

In einem anderen englischen Bergwerk bei Ilceston wurden zwei Bergleute durch Gesteinsabsturz getötet.

„Nach 3 Monaten Verbot sind wir wieder da!“

Ueber Sondergerichte und BVG-Streik

lieft jeder im „Tribunal“. Der Hungerstreik in den preußischen Festungen wurde gegen die Verschärfung der Haft und den Raub der Gefangenenerrechte geführt. Sondergerichte und BVG-Streik erinnern an den Verrat der SPD und Nazis — aber die Opfer des Kampfes mahnen: Kämpft mit — gegen faschistische Sonderjustiz. Nicht nur in Deutschland tobt sich die Gewalt gegen die Ausgebauerten aus — in der Ukraine tobt Bürgerkrieg, in Meeruth schmachten 31 indische Freiheitskämpfer hinter Gittern, in Amerika seit 16 Jahren Tom Mooney — endlos würde die Aufzählung, wenn sie vollständig wäre.

Die Hoffnung aller eingekerkerten Klassenkämpfer ist die internationale Rote Hilfe, deren Weltkongreß jetzt in Moskau stattfindet, hierüber berichtet Klara Zetkin im „Tribunal“, der Rote-Hilfe-Zeitung.

Lezt und verbreitet das „Tribunal“.

Unterstützt den Kampf der Roten Hilfe Deutschlands.

Dampferkatastrophe in der Nordsee

Amsterdam, 14. November. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Nordsee bei dem Feuerdampfer Hinder der niederländische Dampfer „Kozenburg“, der eine Ladung Steinkohlen von Rotterdam nach Arkona bringen sollte, von dem panamaischen Dampfer „Mount Helikon“ mittschiffs gerammt. Es entstand ein großes Loch, durch das Maschinen- und Heizräume der „Kozenburg“ voll Wasser liefen. Die Lage des Schiffes war so ernst, daß die Beladung mit Ausnahme des Kapitäns und des Ersten Steuer-mannes sofort von Bord ging. Ein Teil wurde von der „Mount Helikon“ übernommen. Der Rest ging an Bord des nach Dover unterwegs befindlichen amerikanischen Dampfers „Blad Heron“.

Furchtbare Feuersbrunst

In dem Weiler Grafenstadel (Gemeinde Nischirgen bei Semau) wurden durch einen heute nacht ausgebrochenen Brand elf Gebäude in Asche gelegt.

Gasangriff gegen einen Schweinestall

In der Nacht haben Eindringler den Schweinestall des Besitzers Gurli in Lagewitz bei Budewitz vollständig unter Gas gesetzt, so daß sämtliche Schweine getötet wurden. Als am Morgen der Besitzer in den Stall kam, verlor auch er die Besinnung und mußte ärztliche Hilfe in Anspuch nehmen. Von den Tätern fehlt jede Spur. Es scheint sich um einen Racheakt zu handeln.

Holländische Bevölkerungsstatistik

Amsterdam, 14. November. Nach einer Veröffentlichung über Bevölkerung und Umfang der niederländischen Gemeinden zählte am 1. Januar 1932 die Bevölkerung Hollands 8 061 571 gegenüber 7 905 000 Köpfe am 1. Januar 1930. Davon waren 4 006 359 Männer und 4 055 212 Frauen. Festgestellt wird dabei, daß die Zahl der Frauen ständig abnimmt. Die Zahl der Gemeinden mit über 2000 Einwohnern ist stark gestiegen. Die Zahl der Städte mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern ist von 46 im Jahre 1899 auf 88 im Jahr 1932 gestiegen. Städte mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern gab es jetzt 29 gegenüber 16 und Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 12 gegenüber 4. Am stärksten bevölkert ist mit 766 263 Einwohnern Amsterdam, an zweiter Stelle folgt Rotterdam mit 587 316 Einwohnern und darauf Haag mit 419 611 Einwohnern.

Schwere Sturmschäden in Mittelamerika

Newport, 14. November. Wie aus Panama gemeldet wird, wütet ein schwerer Sturm über dem Karibischen Meer und ganz Mittelamerika. Der britische Dampfer „Rhemus“, der auch einige Passagiere an Bord hat, sandte SOS-Rufe aus. Man befürchtet, daß er inzwischen gesunken ist. Große Schäden wurden in Jamaika, Honduras und Nicaragua angerichtet. Man befürchtet, daß die Hafenanlagen in Curacao schwer beschädigt worden sind.

Schwere Verkehrsunfälle

Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich gestern im Tlélat (Algier) ereignet. Ein Autobus, der den Verkehr zwischen Mascara und Oran versieht, kam auf dem aufgeweichten Boden ins Gleiten und fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum. Die Zahl der Toten beläuft sich auf sieben, die der Verletzten auf 22. — Etwa 40 Kilometer von Tunis entfernt wurde ein Autobus bei einer Bahnübergangsführung von einem Eisenbahnzuge erfaßt und schlug um. Vier Personen wurden getötet, zwei verletzt.

Leichen auf dem Bahndamm

Auf dem Bahndamm bei Briesen wurde die Leiche eines 30-jährigen Mannes gefunden, der sich nach dem Befund sehr wahrscheinlich in Selbstmörderischer Absicht von einem Güterzug hatte überfahren lassen. Der Tote war gut gekleidet, doch konnte seine Person nicht festgestellt werden, da er keine Ausweispapiere bei sich trug.

Glosse vom Tage

Goebbels singt Hosanna

Was macht Goebbels? Er scheint sich jedenfalls, der liebe Josef nämlich, in einer sehr mißlichen Lage zu befinden. Oder?

Es handelt sich nämlich um folgendes. Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. November einen Brief Josef Goebbels' an Hitler. Wir wollen unseren Lesern diesen schönen Brief nicht vorenthalten. Er lautet folgendermaßen:

„Verehrter, lieber Adolf Hitler! Ich habe soviel von Ihnen gelernt. Sie haben mir in kameradschaftlicher Weise so grundlegend neue Wege gezeigt.“

Die Männer sind da. Rufen Sie. Noch besser, betreten Sie einen nach dem anderen, so wie er vor Ihren Augen würdig be-funden wird. . . . Dann mag ein Tag kommen, wo alles zerbricht, wo der Mob um Sie geifert und gröhlt und brüllt: „Kreuzigt ihn!“ Wir stehen dann eifern und rufen und singen: „Hosanna!“

Handelt es sich hier um einen Wunsch oder um einen prophetischen Blick. Wir glauben, um beides. An eines nur glauben wir nicht. Wir glauben nicht, daß dann, wenn dieser Zeitpunkt eintritt, der Zeitpunkt nämlich, wo die Massen, die „Mittläufer“, Hitler verlassen, nicht mehr fern ist, Goebbels ausgerechnet stehen bleiben und rufen und singen wird: „Hosanna!“ Rufen vielleicht doch, aber singen sicher nicht.

Denn, Hosanna ist nämlich ein jüdisches Wort und bedeutet nicht anderes als „Hilfe!“ Man stelle sich also einmal das Bild vor: Goebbels mit weitaufergerissenem Mund ruft — nicht in hebräischer, sondern in deutscher Sprache: „Hilfe! Hilfe!“ (Hosanna.)

Wirklich, ein herrlicher Anblick.

200.

Bauarbeiter von Sagan im Streik

Nazi-NSD. ruft zum Streikbruch auf — Die Streikfront der Bergarbeiter steht fest — Schafft das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen und eine revolutionäre Führung!

Sagan. Die Belegschaft der Baufirma Weiß, die an dem Bau der Ludwigsbrücke in Sagan beschäftigt ist, trat am 10. November gegen den vom Unternehmer auf Grund der Papen-Notverordnung diktierten Lohnabbau von 50 Prozent von der 31. Stunde ab in den Streik.

Zu dem Bau der Ludwigsbrücke durch die Firma Weiß wurden am 7. November vom Arbeits- bzw. Wohlfahrtsamt 20 bis 25 Arbeiter vermittelt, die ihre Arbeit zu dem augenblicklich bestehenden Tariflohn restlos aufnahmen. Kaum waren die Arbeiter drei Tage an dem Bau der Ludwigsbrücke beschäftigt, als der Unternehmer am schwarzen Brett den Lohnabbau bekannt gab. Die Firma hatte einen Protest gegen zwei ihrer Betriebsräte, welche sie stilllos entlassen hatte. Das Gericht verurteilte die Firma zur Nachzahlung der gesamten Zeit seit der Entlassung; das macht für jedes der Betriebsratsmitglieder 112,80 Mark. Noch am selben Tage, an dem dieses Urteil gefällt wurde, kündigte der Unternehmer den Lohnraub an, obwohl er vorher „versprochen“ hatte, den Lohnraub auf Grund der Notverordnung nicht durchzuführen. Die Firma versucht jetzt auf diesem Wege ihren Profit zu erhöhen.

Am selben Tage, an dem der Lohnabbau ausgesprochen wurde, tagte schon früh um 7 Uhr eine Belegschaftsversammlung. Es wurde beschlossen, sofort in passive Resistenzen zu treten. 35 Belegschaftsmitglieder stimmten für Arbeitsniederlegung. Die übrigen 17 sind fast ausschließlich faschistisch beeinflusste Arbeiter, die sich dem Streikbeschluss der Mehrheit nicht unterordneten. Nach der Abstimmung verließen die 35 Belegschaftsmitglieder geschlossen die Baustelle.

Die Mitglieder der Nazi-NSD. erhielten von ihrer Leitung strikte Befehle, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Außerdem wurde durch die NSD. versucht, Streikbrecher auf die Baustelle zu bringen, was jedoch in den meisten Fällen mißlungen ist. In der Zeit vor den Wahlen waren es die Nazis, die aus lauter Demagogie zur Irreführung der Arbeiterschaft den „schärfsten Kampf“ gegen die Papen-Lohnabbau-Notverordnung ansetzten. In Berlin versuchten sie beim Streik der Verkehrsarbeiter eine allzu harte Abwanderung durch ihre Beteiligung am Streik zu verhindern. Bei dem Streik der Landeshüter Textilarbeiter beteiligten sie sich zunächst ebenfalls. Sie entlarvten sich offen als Lakaien der Unternehmer, indem sie bei Verhandlungen mit dem Unternehmer diesem das Versprechen gaben, im Gemeindeparlament für Steuererleichterungen zugunsten der Firma einzutreten. Nur indem die Nazis dieses Versprechen einlösten, zog der Unternehmer vorübergehend den Lohnabbau zurück, um ihn einige Wochen später mit Unterstützung der Nazis durchzuführen.

Die Tatsache, daß die NSD. in Sagan den strikten Befehl zum Streikbruch herausgegeben hat, zeigt, daß der ganze „Kampf gegen die Papen-Notverordnung“ nur eine übelste Wahl demagogie war und daß die Nazis in Wirklichkeit die treuesten Kettenhunde der Unternehmer sind.

Die Firma Weiß teilte am 11. November den streikenden Bauarbeitern mit, daß sie alle „entlassen“ seien, da sie die Arbeit zu dem gekürzten Lohn nicht aufgenommen haben. Ferner wurde ihnen verboten, die Baustelle zu betreten.

Die Belegschaft nahm dazu erneut Stellung und hat beschlossen, den Streik mit aller Kraft weiterzuführen.

Der Streikwille der Arbeiter ist ungebrosen. Es gilt mit allen Mitteln den Streikbrechern ihre erbärmliche Rolle, die sie im Interesse des Unternehmers spielen, klar zu machen und selbst die nationalsozialistischen Arbeiter in die Streikfront einzureihen. Im Interesse der siegreichen Durchführung des Streiks zur Verhinderung des Lohnabbaues gilt es, die Erwerbslosen zu mobilisieren, das Kampfbündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen herzustellen.

Alle Streikbewegungen gegen den Papen-Lohnabbau haben bewiesen, daß wirkliche Erfolge nur unter revolutionärer Führung, nur durch die Geschlossenheit der gesamten,

vom Lohnraub betroffenen Belegschaften erreicht werden können. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition trat schon bei Ankündigung der Lohnverschlechterungen durch die Papen-Schleicher-Regierung an die Kollegen und Kolleginnen aller Betriebe mit der Aufforderung heran: Nehmt eure Geschicke in eure eigenen Hände! Das haben die Kollegen von der Baustelle an der Ludwigsbrücke in Sagan getan. Sie dürfen sich jetzt von keinem der reformistischen

Feldzug gegen die Wahrheit über Sowjetrußland

Freiburg. Am 7. November erhielt der Genosse Schneider von der Post die Nachricht, daß für ihn eine Sendung aus Sowjetrußland eingetroffen sei. Diese Sendung wurde dem Zollamt in Freiburg übergeben. Als der Genosse dieselbe abholen wollte, erklärte der Beamte, daß sie diese nicht ausliefern können, da das Material erst nach Schweidnitz zum Landrat gebracht werden müsse. Die Sendung wurde zuerst der Polizei übergeben, da aber dieselbe auch nicht wußte, was damit zu machen sei, schickte sie sie wieder aufs Zollamt. Was war nun in der Sendung enthalten? Keine Bomben oder Äpfel. Auf Verlangen des Genossen wurde die Sendung geöffnet.

Sie enthielt nur statistisches Material über den Aufbau in Sowjetrußland und den Niedergang in den kapitalistischen Ländern.

Bis heute ist die Sendung an den Empfänger noch nicht ausgehändigt worden. Klassengenossen, mit solchen Mitteln versucht man die Wahrheit über Rußland zu unterdrücken. Warum verweigerte man den deutschen Rußland-Delegierten die Ausreise? Die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse schreibt von „Hunger und Elend der russischen Arbeiter“, um auch vom Klassenkampf abzuhalten. Nur gemacht, ihr Herren, wir werden trotz alledem den Arbeitern die Wahrheit über Rußland klarmachen, um auch in Deutschland den Sozialismus aufzubauen. Wir verlangen, daß das Material sofort ausgehändigt wird.

Wenn dem so ist, warum verweigert man dann den deutschen Arbeiterdelegierten die Ausreise nach Sowjetrußland, warum werden

Gewerkschaftsführer etwas dazwischen reden lassen, die sich überall in Schloßen und insbesondere beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik als Streikführer betätigten.

Aber die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in den Streiks der letzten Wochen gezeigt, daß es ihr wirklich um die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter zur Verhinderung des Lohnraubs ernst ist. Die Betriebsarbeiter selbst haben in der Praxis bestätigt, daß — wie die NSD. schon immer feststellte — man auch in Zeiten der Krise erfolgreiche Streiks führen kann. Danach müssen sich die Arbeiter der Baustelle Ludwigsbrücke in Sagan richten. Nur die geschlossene Kampffront unter revolutionärer Führung, durch eine eigene Streikleitung, mit Unterstützung aller Erwerbslosen wird zu einem vollen Erfolg, zur Verhinderung des Lohnabbaues führen!

Sendungen von russischen an deutsche Arbeiter einfach nicht ausgehändigt?

Doch nur deshalb, weil all die Meldungen von „Hunger und Elend in Sowjetrußland“ von A bis Z erlogen und erschwunden sind. Doch nur,

um zu verhindern, daß die deutschen Arbeiter die wirkliche Wahrheit über den sozialistischen Aufstieg in Sowjetrußland, über die Beseitigung der Erwerbslosigkeit, des Analphabetentums, der letzten Überreste des Kapitalismus, nicht erfahren sollen.

Hier erhält die deutsche Arbeiterklasse einen Beweis mehr dafür, daß die Arbeiter- und Bauernmacht in Sowjetrußland durch die erfolgreiche Verwirklichung des ersten Fünfjahresplans und die Znantrifflnahme des zweiten Fünfjahresplans die wirkliche Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitalismus für jeden Arbeit, Brot und Freiheit brachte.

Diese Tatsache wird die schlesischen Arbeiter und Werktätigen um so mehr zur Verteidigung Sowjetrußlands, zum Kampf um die Arbeiter- und Bauernrepublik in Deutschland anspornen.

Die Arbeiter müssen überall gegen die Verweigerung der Ausreise deutscher Arbeiterdelegierter nach Sowjetrußland, gegen die Nichtauszahlung russischer Arbeiterbriefe an deutsche Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen schärfsten Protest erheben.

Aus der Praxis der Sondergerichtsjustiz

Mildes Urteil für faschistischen Gutsbesitzer

Glogau. Von dem Glogauer Sondergericht wurde am Sonnabend der faschistische Rittergutsbesitzer Camp aus Obilau bei Züllichau wegen Landfriedensbruch zu nur 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Am 8. Oktober wurde der Versorgungsamwärter Schmidt aus Züllichau vom Sondergericht Glogau zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Angestellten Kaufmann aus Grünberg, der das Abzeichen der „Eisernen Front“ trug, erheblich verletzt haben soll. Der Rittergutsbesitzer Camp machte dabei so unglaubwürdige Aussagen, daß man daraus offen keine Mittäterschaft erkennen konnte. Wegen Verdunkelungsgefahr mußte Camp in Haft genommen werden. In der Verhandlung am Sonnabend wurde einwandfrei erwiesen, daß der Rittergutsbesitzer Camp die Tat begangen hat. Der Versorgungsamwärter erhielt dafür 3 Monate, der Rittergutsbesitzer dagegen erhält nur 6 Wochen Gefängnis. Nichts zeigt deutlicher, daß wir heute eine Klassenjustiz haben. Gutsbesitzer werden wie alle Besitzenden, wenn sie mal bei einer strafbaren Handlung ertappt werden — was ja sehr selten vorkommt — mit Samthandschuhen

angefasst. Arbeiter und besonders Antifaschisten werden für dieselbe Tat zu hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Werttätige, verkräft den Kampf mit der roten Hilfe gegen die Klassenjustiz, für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen, die gezwungen sind, auch hinter Kerlermauern einen erbitterten Klassenkampf zu führen!

Aus Not in den Tod

Gottesberg. Der seit längerer Zeit erwerbslose Arbeiter W. Arnold wurde durch das jahrelange Elend und die Mangelhaftigkeit, in der kapitalistischen Gesellschaft je wieder Arbeit und Brot zu bekommen, in den Tod getrieben. Er machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Wir rufen allen Hungernden zu: Das ist kein Ausweg! Nur auf dem Weg des revolutionären Massenkampfes, unter Führung der NSD. und KPD., kann die grenzenlose Not, kann das ungeheure Elend beseitigt werden. Den Weg der Selbstaufgabe geht nur ein Verzweifelter oder Freigänger. Die deutschen Arbeiter aber haben keine Ursache, zu verzweifeln. So wie der russische, ist auch der deutsche Arbeiter, wenn er gemeinsam kämpft, fähig, das kapitalistische Joch abzuschütteln. Wir rufen alle Hungernden zum revolutionären Ausweg, zum gemeinsamen Kampf!

Senkt die roten Fahnen

Bunzlau. Nach kurzem schweren Krankenlager verschied am Sonnabend, dem 12. November, abends 10 Uhr, unser lieber Genosse Fritz Lange aus Wehrau, Kr. Bunzlau.

Genosse Fritz war seit Gründung der Ortsgruppe einer der aktiven Funktionäre und tat immer seine Pflicht als revolutionärer Klassenkämpfer für die Interessen seiner Klasse. Die kommunistische Partei verliert in ihm einen eifrigen, pflichtbewußten Funktionär und Mitarbeiter. Genosse Lange war immer auf dem Posten, wenn es galt, die Interessen des Proletariats und seiner Vertreterin, der kommunistischen Partei wahrzunehmen.

Wir geloben, im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse nicht nachzulassen und ebenfalls wie bisher unser Genosse Fritz weiterhin unsere Pflicht im Interesse des Proletariats zu tun.

Die Beerdigung des Genossen Lange findet am Mittwoch, dem 16. November, nachmittags in Wehrau statt. Die Genossen der Ortsgruppen werden hiermit angewiesen, zahlreich an der Beerdigung des Genossen Fritz teilzunehmen. Näheres werden wir den Ortsgruppen noch brieflich mitteilen.

KPD., Ortsgruppe Wehrau.
NSD. Bunzlau.

Erwerbslosen-Kreiskonferenz in Weißstein

Am Donnerstag, dem 17. November, nachmittags um 3 Uhr, findet in Weißstein im Gasthaus zum „Finsternbrunn“, eine Kreiserverwerbslosen-Konferenz statt.

Jeder örtliche Erwerbslosen-Ausschuß ist verpflichtet, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität, Sparsam im Verbrauch, Tube 50 Pf. und 80 Pf. Bekommen Sie nur Chlorodont und wissen Sie jeden Erfolg davon.

Aus dem Gemeindeparlament Wüstegiersdorf

SPD. stimmt dem Papen-Hungeretat zu

Wohlfahrtsunterstützung wird weiter abgebaut — SPD. gegen den Antrag der Elternbeiträge für Kinderspeisung in den Schulen

Wüstegiersdorf. Die letzte Gemeindevertreterversammlung nahm, nachdem nun 7 Monate verstrichen sind, zum Etat Stellung. Der SPD.-Gemeindevorsteher wies darauf hin, daß der Gemeinde praktisch das Selbstbestimmungsrecht genommen wurde. 92 Prozent der Einnahmen und Ausgaben im Gemeindeetat seien von oben zwangsläufig festgesetzt worden. Mit diesem Raub des Selbstbestimmungsrechts und dem Diktat von oben, das heißt von der Papen-Regierung, versuchte der SPD.-Gemeindevorsteher die Einführung der Bürgersteuer, ohne die Gemeindevertreter zu befragen, zu begründen. Er diktierte einfach die Bürgersteuer und meinte, wenn er das nicht getan hätte, so wäre der Staatsbankrott für die Gemeinde gestrichen worden.

Deutlicher kann nicht signalisiert werden, daß die Papen-Schleicher-Regierung bereits eine Form der faschistischen Diktatur darstellt.

Die Gemeindevertreter haben keine Rechte mehr. Die Gemeindevorsteher — selbst sozialdemokratische — führen, wie die Begründung der Nichtzulassung von Erwerbslosenanträgen in Weißstein zeigt, die Anträge dieser faschistischen Barons-Regierung ohne jeden Widerstand durch. Sie werden dadurch zu Vollstreckern der faschistischen Diktatur, soweit sie in den Gemeinden die Mehrheit, bzw. maßgebenden Einfluß besitzen.

Die kommunistische Fraktion in Wüstegiersdorf nahm im Interesse der Werktätigen gegen all die Maßnahmen zur Ausschaltung des Selbstbestimmungsrechts Stellung und lehnte den von der Barons-Regierung diktierten Hungeretat ab.

Der SPD.-Gemeindevorsteher Franz zog gegen seinen Gemeindevorsteher zu Felde, indem er ihm vorwarf, daß er von dem Umbau im Polizeihaus keine Ahnung gehabt hätte. Auf die Feststellung, daß die Polizei bei jeder Versammlung usw. hohe Beulen erhalte, wußte der Gemeindevorsteher nichts zu erwidern.

Für Hilfskräfte wurden im Etat 11.000 Mark eingeseht. Die kommunistische Fraktion verlangte, daß für dieses Geld 5 Arbeiter eingestellt werden. Auch das wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es die Regierung nicht zulasse.

Die Ausgaben im Wohlfahrtsetat sind infolge der steigenden Arbeitslosenzahlen ungeheuer gestiegen.

Um den Etat auszugleichen, sollen nun die Wohlfahrtsunterstützungen abgebaut werden.

Bei den neu hinzutommenden Wohlfahrtsempfängern sollen alle Sätze auf volle Mark nach unten abgerundet werden. Wer z. B. einen Satz von 15,92 Mark zu beanspruchen hat, erhält nur 15 Mark ausgezahlt. Das ist der Anfang von einem weiteren generellen Unterstützungsrab.

Statt den hungernden Erwerbslosen Winterhilfe, Kohlen und Kartoffeln zu geben, werden ihnen noch einige Brote vom

Die Kämpfe der Erwerbslosen zeigen, daß das nur dort und nur solange möglich ist, wie die Erwerbslosen nicht in einheitlicher Front, ohne Rücksicht auf parteipolitische und weltanschauliche Gegensätze, den Kampf außerhalb des Parlaments aufnehmen.

Zum Schluß der Etatberatung befragte Franz die Rolle der SPD. als Papentnecht, indem er erklärte, daß der Etat zwar nicht ihren Wünschen entspreche, daß sie ihm aber trotzdem zustimmen. Ein SPD.-Vertreter enthielt sich der Stimme, da er die Verantwortung für die Belastung der Werktätigen nicht tragen konnte.

Nur die KPD.-Fraktion stimmte geschlossen gegen den Hungeretat!

Von den Elternbeiträgen „Proletarischer Schulkampf“ lag ein Antrag vor, der für alle minderbemittelten Kinder kostenfreie Schulpflicht forderte. Es wurden zahlreiche Beweise dafür erbracht, daß ein großer Teil der Kinder ohne Frühstück zur Schule gehen muß. Die SPD.- und bürgerlichen Vertreter wagten es, diesen für die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiterkinder wichtigen Antrag als „Agitationsantrag“ der Kommunisten zu bezeichnen. Nur die kommunistische Fraktion trat mit aller Entschiedenheit für diesen Antrag ein. Die SPD. lehnte ihn jedoch ab, sie ist also gegen die Kinderspeisung, darüber kann auch der Hinweis auf die „bürgerliche Winterhilfe“ nicht hinwegtäuschen.

Wir erinnern die Werktätigen von Wüstegiersdorf daran, daß es in Weußen a. d. O. durch einen kürzlich geführten Schulkampf gelungen ist, die Abgabe von Milch und Brötchen an die Kinder zu erreichen. Durch eine gemeinsam geführte Aktion kann das auch in Wüstegiersdorf erreicht werden!

Die Streikämpfe der Raß-Belegschaft

In mehreren Streiks hat die Belegschaft des Konfektionbetriebes Raß Verbesserungen erlangt. Jetzt steht über einer Woche die Belegschaft erneut im Streik. Ueber diese Kämpfe und über die Forderungen, um die der letzte Streik ausgenommen wurde, schreibt uns ein Mitglied der Belegschaft:

Vorher bei Bernhard Raß das Gongsystem eingeführt wurde, arbeiteten wir nach dem sogenannten Schedsystem. Jedes Arbeitsstück wurde von einer Karte, dem Sched, durch den ganzen Arbeitsgang begleitet. Jede Kollegin rief von diesem Sched den für sie bestimmten Lohn ab. Die Bons wurden täglich verrechnet und der Lohn dementsprechend wöchentlich ausgezahlt. Die Arbeit wurde von der Firma als Akkordarbeit vergeben und im Akkord entlohnt. Bei voller Arbeit betrug der Durchschnittslohn für die Frauen 1931 42 Mark.

Aus Rationalisierungsgründen wurde im Juni 1931 die Umstellung auf das Gongsystem vollzogen. Zugleich erklärte die Firma, die im Gongsystem geleistete Arbeit stelle keine Akkordarbeit dar, sondern sei normale Lohnarbeit. Dementsprechend richte sich jetzt die Entlohnung nach dem jeweiligen Reichstarif. Die Firma zahle aber „freiwillig“ eine 25prozentige Leistungszulage. Diese Neuregelung brachte im Durchschnitt einen Lohnausfall von 20 Prozent. Am 1. August 1931 wurden die Stundenlöhne auf Grund der 4. Brüning-Notverordnung um 13 % herabgesetzt. Schließlich senkte die Firma am 10. Dezember 1931 auch noch die freiwillige Leistungszulage um 5 Prozent.

Im Auftrag der Belegschaft lehnte die Vertretung derselben diese neue Lohnverschlechterung ab. Das nützte aber nichts, weil die Belegschaft den roten Gesamtbetriebsrat nicht tatkräftig unterstützte. Es kam zu keinem Kampf. Im Februar 1932 verlor die Direktion diktatorisch einen 14prozentigen Abbau der Leistungszulage durchzudrücken. Am 2. Februar ließ sie durch Aushang erklären, wer am 3. Februar den Betrieb betritt, ist mit dem Abbau einverstanden. Die damals noch 700 Mann starke Belegschaft trat daraufhin in den Streik. Durch den einwöchigen Kampf konnten jedoch nur vier Prozent von den 14 geforderten Prozenten des Unternehmers abgemindert werden.

Am 8. Juni 1932 kündigte die Firma die Streiklösung der gesamten restlichen Leistungszulage an. Dagegen erhob der rote Gesamtbetriebsrat sofort Einspruch. Verhandlungen in dieser Frage wußte die Direktion von Fall zu Fall zu verschieben. Endlich, am 22. Juni, gelang ihr das nicht mehr, weil die 49 Bgler, eine der wichtigsten Arbeitergruppen im Betrieb, die Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates mit der Direktion durch passive Resistenz unterstützten. Der Unternehmer antwortete mit sofortiger Entlassung der Bgler und des roten Betriebsratsvorsitzenden. Den Bglern und dem Gesamtbetriebsrat wurde unter Androhung von Polizeigewalt der weitere Aufenthalt im Betrieb verboten.

Die Bgler traten gegen diese auch geschlechtlich unzulässige Maßregelung in den Streik. Sie erhoben die Forderung auf Abschluß eines Haustarifs in Form einer Betriebsvereinbarung über Neuregelung der Löhne, angemessen den Anforderungen des Unternehmers an die Leistungsfähigkeit der Belegschaft. Diese Forderung mußte vor allem deshalb erhoben werden, weil der bestehende Reichstarif für die Herrenkonfektion nicht maßgebend ist für rationalisierte Betriebe.

Der Erfolg des Kampfes der 49 Bgler sah so aus: Für Maschinenbügler Stundenlohn nach Reichstarif 0,87 Mark, jezt Garantielohn 1,10 Mark die Stunde, plus 10 Prozent Leistungszulage. Für Handbügler 1 Mark Garantielohn und für die Nadelmaschinen, die sich noch am gleichen Tage solidarisch erklärt hatten, anstatt 0,53 M. 1,10 M. Garantielohn. Die Bestimmungen des Reichstarifs für die Herrenkonfektion waren somit durchbrochen.

Der Auffassung des roten Gesamtbetriebsrates bei B. Raß, daß die Bestimmungen des jeweiligen Reichstarifs für Herrenkonfektion festgelegten Lohnabkommens nicht maßgebend seien für rationalisierte Betriebe, im besonderen nicht für den Betrieb von Raß, mußten sich bereits während des Bglerstreiks die Vertreter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sowie des Industrieverbandes anschließen. Das hinderte den Unternehmer jedoch nicht, am 1. November 1932 durch Aushang des 10. Lohnabkommens des Reichstarifs für Herrenkonfektion die Beilegung aller bisher erlangten Vorteile anzukündigen.

Einstimmig lehnte es die Belegschaft ab, nach diesen Lohnbestimmungen zu arbeiten. Der Gesamtbetriebsrat ergriff

sofort gemeinsam mit der am Vortage von der Belegschaft gewählten Verhandlungskommission entsprechende Maßnahmen. Der Direktion wurden die von der Belegschaft formulierten Forderungen unterbreitet:

„Die in der Versammlung am 3. November 1932 anwesenden Kollegen und Kolleginnen der Firma Bernhard Raß, G. m. b. H., Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 52, erkennen die im Reichstarif festgesetzten Löhne nicht als maßgebend an:

Die verammelten Belegschaftsmitglieder fordern: 1. Bekanntgabe der Akkordlöhne für die auf Akkord umgestellten Gruppen. 2. Für die gesamte Belegschaft der Herrenkonfektionsabteilung Bezahlung angemessen den Ansprüchen der Firma an die Leistungsfähigkeit der Belegschaft. 3. Bahingehend fordert die Gesamtbelegschaft eine schrittweise Lohnsteigerung zu den bis zum 31. Oktober 1932 gezahlten Lohnsätzen.

Der Betriebsrat beantragt, die neuen Lohnsätze in einem Haustarif, in Form einer Betriebsvereinbarung, beschlossen zwischen der Firma und der Belegschaftsvertretung, festzulegen.“ Der Unternehmer lehnte ab und machte ein eigenes Angebot,

und zwar: Bezahlung nach Reichstarif der Herrenkonfektion, wobei einzelne Abteilungen fünf bis zehn Prozent Zuschlag erhalten sollen. Diesen Vorschlag des Unternehmers lehnte aber die Belegschaft in überfüllter Streikerversammlung ab und beschloß mit 358 gegen 54 Stimmen den Streik. Geschlossen wurde der Kampf aufgenommen.

Bezahlenderweise brauchte der reformistische DBAV drei Tage, ehe er sich entschließen konnte, den Streik zu sanktionieren. Zudem erfolgte die Sanktionierung nicht einmal auf der Grundlage der berechtigten Forderungen. Unter dem Druck der Belegschaft erteilte der DBAV seine Sanktion, des Vertragsbruchs der Firma wegen, der darin liegt, daß die Direktion trotz bestehender Betriebsvereinbarungen ohne Mitteilung an die gesetzliche Betriebsvertretung die Löhne herabsetzen wollte.

Durch solche Manöver läßt sich die Belegschaft aber nicht verwirren. Fest steht sie zu ihren Forderungen vom 3. November 1932. Ihr Kampf richtet sich gegen den Reichstarif für Herrenkonfektion und seine unrechtmäßige Anwendung auf rationalisierte Betriebe wie Bernhard Raß.

15 Jahre Sowjetunion

Wie die Bolschewiki siegten

Der Leninismus im Kampf gegen den Troizkismus

Nachstehend der zweite Teil des am 13. veröffentlichten Artikels, „Wie die Bolschewiki am 25. Oktober (7. November neuen Stils) siegen konnten.“ (Die Red.)

Wir sahen, wie die Leninische Revolutionslehre die bürgerliche Revolution lediglich als Vorspiel der proletarischen Revolution betrachtet. Die Einheit zwischen dem Marxismus-Leninismus tritt hier am deutlichsten hervor. Die Grundlehre von Marx und Engels ist ja, daß die bürgerliche Revolution bloß eine Episode im Befreiungskampf des Proletariats gegen seinen eigentlichen Feind, die Bourgeoisie, daß der wirkliche Kampf des Proletariats gegen die Ausbeuter erst am Tage nach dem Sturz des Throns beginnt. Dieser Grundgedanke ist bereits im kommunistischen Manifest formuliert. Und gerade hier tritt die ganze Kluft zwischen dem wirklichen Marxismus und dem verschiedenartigen Opportunismus zum Ausdruck, der die Revolution mit dem Februar 1917 oder mit dem „9. November“ als abgeschlossen betrachtet, um dann anstatt Klassenkampf gegen die Bourgeoisie — Klassenolidarität, „Zusammenarbeit — Koalition mit den Ausbeutern verlangt. Die zwei Revolutionen — Oktober 1917 und November 1918 — zeigen dem Proletariat der ganzen Welt, wozu die Ebert-Scheidemann-Kautsky-Theorie führt.“

Allein die Umwandlung der bürgerlichen Revolution in die proletarische, das Tempo des Umschlagens der einen in die andere, hängt von einer Reihe von notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen ab.

„Wir werden“, sagt Lenin, „nach der demokratischen Revolution sofort beginnen und genau unserer Kraft, der Kraft des Klassenbewußten und organisierten Proletariats, gemessen — zur sozialistischen Revolution übergehen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehen bleiben.“ (Sd. VII, S. 248.)

Warum lehnten aber die Bolschewiki die berühmte „permanente Revolution“ von Trozki ab, wenn auch sie für die ununterbrochene, das heißt permanente Revolution waren? Zwischen der Marx-Leninischen permanenten Revolution einerseits und der Trozkiistischen andererseits besteht der gewaltige Unterschied nicht nur in der Frage des Verhältnisses des Proletariats zum Bauerntum, sondern in der Frage des Wesens der Diktatur des Proletariats überhaupt. Nicht nur unterschätzt die „permanente Revolution“ die revolutionären Fähigkeiten der Bauernschaft“ (Stalin), sondern sie propagiert in konsequenter Weise den offenen Krieg des Proletariats gegen das Bauerntum.

„Hat das Proletariat die Macht während der bürgerlichen

Revolution in seine Hand genommen, so kann es sich nicht auf den bürgerlichen Rahmen der Revolution beschränken... Hierbei wird das Proletariat selbstlich zusammenstoßen nicht nur mit allen Gruppierungen der Bourgeoisie, die es am Anfang seines revolutionären Kampfes unterstützt haben, sondern auch mit den breiten Massen des Bauerntums, mit dessen Hilfe es zur Macht gekommen ist.“ (Trozki in seinem Vorwort zum Buche „1905“, geschrieben 1922).

Das bedeutet aber zugleich, die Diktatur des Proletariats als solche unmöglich zu machen, denn ihre Grundlage ist ja das Bündnis des Proletariats mit den entscheidenden Schichten der Bauernschaft. Dazu erfordert die „permanente Revolution“, mit der proletarischen Revolution zu beginnen, während die Leninische Theorie verlangt, „das Werk der Revolution durch den Uebergang der Macht an das Proletariat zu krönen“ (Stalin).

Der Kampf Lenins und der Bolschewiki gegen Trozki, namentlich gegen seine „herrliche Theorie“ der „permanenten Revolution“ — um mit Lenin zu sprechen, wurde naturgemäß während des Krieges, bei der Vorbereitung der neuen Revolution, verschärft. Trozki unterstützte in der Tat in seiner ganzen Kriegspolitik Karl Kautsky, das heißt, damit zugleich die offenen Chauvinisten a la Kollb, Scheidemann, Plechanow, Guesde usw. Was aber seine „herrliche Theorie“ betrifft, so haben die zehn Jahre Erfahrung nach der Revolution bewiesen, was diese Theorie für die Revolution bedeutete. Das ist der rote Faden der Leninischen Schriften aus der Zeit 1914—1916 (siehe besonders: Ueber zwei Linien der Revolution in „Gegen den Strom“).

Die weitere „Entwicklung“ des Herrn Trozki ist jedem Klassenbewußten Arbeiter klar. Seine Schriften gegen die kommunistische Internationale erfreuen sich besonders in den faschistischen Ländern der besonderen Sympathie der Machthaber.

Das, was Lenin und die Bolschewiki seit Beginn des Jahrhunderts für die Umwandlung der bürgerlichen Revolution in die proletarische geleistet haben, die Generalprobe von 1905, die Schaffung einer im Kampf erprobten Partei — all das wirkte bereits in den ersten Tagen und Wochen nach der Februarrevolution von 1917. Die Partei der Bolschewiki unter der Führung von Lenin geht an die Verwirklichung des seit zwanzig Jahren festgelegten strategischen Zieles der sofortigen Ueberleitung der demokratischen Revolution in die sozialistische. So sieht es also auch mit der schönen Trozkiistischen Theorie aus, wonach die Bolschewiki erst im Frühling von 1917 die Frage des Umschlagens der bürgerlichen Revolution in die proletarische gestellt haben, als die Bolschewiki sich „umgerüstet“ haben und — beiseiden, wie Trozki einmal ist — zu Trozkiisten wurden.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4)

31. Fortsetzung

Da nach diesem Ereignis die Džrana in Alarm gesetzt wurde und neue Verhaftungen vornahm, konnte Genosse Joma nicht länger in Twerj bleiben. Er und die Genossin Gromowa waren gezwungen, sich zuerst versteckt zu halten und schließlich wegzufahren. Die Genossin Gromowa-Slamojowa, „Kataja“, hatte augenscheinlich nichts mit der Hinrichtung des Provokateurs zu tun.

Ich fand in Twerj Genossen Joma und Genossin Kataja noch vor. Als ich eines Tages zu „Lantchen“ ging, kam auch Kataja zu ihr und sah sich, wie es mir vorkam, mit großer Neugierde, den ihr noch unbekanntem Klassenbewußten Arbeiter an, den Vertreter jener Klasse, der sie ihr Leben gewidmet hat. Ich sehe noch jetzt ihr Gesicht vor mir, das einfache, sympathische Gesicht eines zwischen intellektuellen Mädchen.

Nach der Abreise des Genossen Joma lenkte ich meine besondere Aufmerksamkeit auf jene Seite der Parteiarbeit, die er ganz vernachlässigt hatte: das war die Festigung der Organisation. Die Einteilung der Stadt in Bezirke war noch nicht durchgeführt. Neben dem Komitee in Twerj, das die ganze Arbeit leitete, existierte noch ein „Arbeiter-Organisationskomitee“. Es entstanden dadurch gewisse Reibungen. Kugulischow, Mitglied des Komitees, schlug noch vor meiner Ankunft vor, dieses „Arbeiter-Organisationskomitee“ zu beilegen. In Wirklichkeit vertrat dieses Arbeiter-Organisationskomitee nur einen einzigen Fabriksbezirk von Twerj.

Nachdem ich Mitglied des Parteikomitees in Twerj wurde und die Rolle des verantwortlichen Organizers des Fabriksbezirk auf mich genommen hatte, schlug ich dem Komitee vor, statt eines Fabriksbezirk, mehrere zu organisieren. Soweit ich

mich noch erinnere, wurden drei Bezirke gegründet. Die Schaffung dieser Bezirke gab die Möglichkeit, auch anderen Genossen, fortschrittlichen Arbeitern, die bisher passiv geblieben waren, an der Arbeit aktiv und organisatorisch teilzunehmen. Das Ziel dieser Umorganisation war, alle Mitglieder der Arbeiter-Organisation zu aktiver Mitarbeit anzuspornen. Jeder Arbeiter hatte die Pflicht, eine ständige individuelle Propaganda unter den Arbeitern und Bauern zu führen. Auch die Technik der Herstellung und der Verbreitung der Flugblätter wurde verbessert. Viele Arbeiter konnten ihre Energie in diesem Arbeitsgebiet, das von großer Bedeutung war, anwenden. Ich erinnerte jeden Arbeiter, der Bezirksmitglied war, in den Versammlungen zu sprechen und unterrichtet sie der Reihe nach, wie eine Versammlung zu führen sei. Jeden Sonnabend fanden im Bezirk Satwerjetzke (Twerj-Vorstadt) in Gegenwart eines Intellektuellen, der einen langen schwarzen Bart trug, und ich glaube, Sabjelin hieß (er hatte auch den Schlüssel der Wohnung in Verwahrung), Sitzungen der Vertreter der neuorganisierten Bezirke statt. Während dieser Sitzungen wurden die Vorschläge des Twerjer Komitees diskutiert und dann durch die Bezirke durchgeführt. Ich weiß nicht, ob wir in unserem heftigen Kampf gegen die traditionelle Pateme, mit der die Intellektuellen in Twerj sich in die Wälder der Umgebung zur Propaganda begaben, recht hatten. Ich glaube, wir waren deshalb im Recht, weil diese Gewohnheit die Konspiration arg gefährdete.

Was aber das Wesen und die Diskussion mit dem Büchlein in der Hand betrifft, wogegen wir uns heftig aussprachen und hartnäckig eine Propaganda in Form von Vorträgen verlangten, hatten wir — ich muß es schon gestehen — nicht ganz recht. Das Vorlesen und die Diskussionen an Hand von Büchern, waren von großer Bedeutung und erleichterten die Propaganda. Aber es muß uns doch als Verdienst angerechnet werden, daß unter unserem Druck die Broschüre Kubalins (Njestrassow) endgültig verworfen wurde. Auf Grund dieser Broschüre unterrichteten einige Intellektuelle in Twerj und Genosse Druschinin in Wjshnji-Bolotshof die Arbeiter. Ich legte auch großes Gewicht darauf, den Arbeitern konspirative Arbeitsmethoden beibringen zu lassen, was zu jener Zeit dringend notwendig war, da wir unter ständiger Beobachtung der Džrana standen.

In Twerj ging die Arbeit leichter als in Wjshnji-Bolotshof, da wir hier über Geldmittel zum Druck von Flugblättern

verfügt, wenn auch diese Geldmittel sehr gering waren. Dort konnte man auch Räume zum Abhalten von Versammlungen bei einem der dortigen Liberalen zur Verfügung gestellt bekommen. In Twerj gab es mehr Intellektuelle als in Wjshnji-Bolotshof, die sich propagandistisch unter den Arbeitern betätigten. Aber auch da wurden die Verhältnisse durch die Tätigkeit der Džrana immer schwieriger, besonders nach der Ermordung des Provokateurs Wolnowin. In Twerj wie auch in Wjshnji-Bolotshof mußte eine große Vorbereitungsarbeit auf individueller Basis durchgeführt werden. Fast mit jedem einzelnen Arbeiter mußte man viele Abende über das Thema diskutieren, warum es notwendig sei, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu organisieren, die, wie es in der „Iskra“ ausgeführt wurde, an der Spitze „des ganzen Volkes“ stehen mußte. Diese Vorbereitungsarbeit wurde von fortschrittlichen Arbeitern unserer Partei geführt. Sie ging jeder Versammlung jedes einzelnen Bezirks, jeder Massenversammlung voraus. Die Zirkel und Massenversammlungen fanden entweder im Wald, weit von Twerj, oder im Holzschlag in der Mitte von aufgestapelten Holzstößen statt. Die Ueingekehrten ahnten beim Vorbeigehen nicht, daß hoch oben auf den Holzstößen oder mitten im Wald unsere Wächtposten stehen und liegen, bereit, jeden Augenblick die drohende Gefahr der sich nähernden Kosaken und Polizisten zu signalisieren, sie ahnten nicht, daß in den Zwischenräumen der Holzstöße, wie in einem Zimmer ohne Dach, die Versammlungen der Twerjer Arbeiter stattfanden. Dort wurde den Arbeitern die Theorie des revolutionären Marxismus beigebracht; die Notwendigkeit der Schaffung einer Partei, die in der Revolution die Arbeiterklasse an die Spitze des ganzen Volkes führt, erläutert und die Arbeiter vor den kleinbürgerlichen Abweichungen zurückhält, vom Marxismus gewarnt. Oft glühten die Augen dieser Arbeiter des Nordens, die dem Neuherrn nach fast, innerlich aber fest und hartnäckig waren, vom Wunsch nach Kampf und Rache auf. Sie hielten die Faust und schrien, gemeinsam mit dem Redner, die Niederwerfung der Selbstherrlichkeit und den Kampf gegen den Kapitalismus bis zu Ende durchzuführen. Kaum zeigte sich die Polizei, so kletterten die Versammelten durch die engen Zwischenräume, des von beiden Seiten aufgestapelten Holzes, so rasch sie nur konnten, davon.

Außer der Arbeit des verantwortlichen Organizers aller Bezirke der Stadt mußte ich mich auch als Propagandist und Agitator betätigen. (Fortsetzung folgt)

Zu den Ortsverwaltungswahlen:

Kampf um jeden Gewerkschaftler, jede Gewerkschaftsfunktion!

Von Ulrich Kuer

„Zahl Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten in der Gewerkschaft, für die Verjagung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Ortsorganisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

(XII. EKKI-Plenum.)

Hunderttausende gewerkschaftlich organisierte Kollegen haben am 8. November der kommunistischen Partei ihre Stimme gegeben. Der RWG hat weder durch die sozialistisch-nationalistischen Medien von Partei noch durch seinen Apparat für ein freies sozialistisches Deutschland den Zusammenbruch, die Abwanderung Hunderttausender Gewerkschaftsmitglieder von der Sozialdemokratischen Partei zum Kommunismus verhindern können.

Entscheidend für die politische Haltung der Millionen im RWG und in den christlichen Gewerkschaften organisierten Gewerkschafts-Kollegen ist die Haltung der Gewerkschaftsführer.

Die Politik und Handlungen der Gewerkschaftsvorstände widersprechen den Interessen der Masse der Kollegenschaft und haben sie immer tiefer in die Verelendung hineingeführt.

Nicht zuletzt war es die Streikverräterische Haltung der RWG- und christlichen Gewerkschaftsführer im Hamburger und Berliner Verkehrstreik, im Streik beim Scherl-Verlag, im Torgauer Streik, beim Streik der Reichsbahner, im Reichsbahnerstreik und in vielen anderen Betrieben, die Hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder bewegen hat, nicht mehr den Führern der Gewerkschaften zu folgen. In Massen haben sie sich abgewandt sowohl von der Sozialdemokratie als auch von der Kommunistischen Partei und haben der kommunistischen Partei ihre Stimme gegeben.

Die politische Entscheidung von Hunderttausenden Gewerkschafts-Kollegen bei den Wahlen und vor allem bei den stattfindenden Streik-Kämpfen und Einheitsfrontaktionen für den Kommunismus als einzigen Ausweg und Rettung aus der Krise, für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zur Vertretung der täglichen Interessen muß jetzt innerhalb der Gewerkschaftsverbände zur Stärkung der Opposition nutzbar gemacht werden.

Die Gewerkschafter, die die kommunistische Partei gewählt haben, müssen aktive Kämpfer der Gewerkschaftsopposition werden.

Ein wichtiger Schritt der Opposition gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik gegen die Hindenburg-Politik der RWG-Führer und den christlichen Streikverrat ist jetzt möglich und muß in stärkerem Maße durchgeführt werden bei den bevorstehenden Ortsverwaltungswahlen. In 13 759 Ortsverwaltungen und Zweigvereinen der RWG-Gewerkschaften werden in diesen Wochen und Monaten die Leitungen durch Kommunisten besetzt. Es werden die Ortsvorstände bzw. Bezirksvorstände der Gewerkschaften gewählt. Es findet auch eine Neuwahl der Gewerkschaftsleitung, Delegierten und der Vertreter der einzelnen Gewerkschaften in die Ortsverbände des RWG statt. 1295 Ortsausläufer des RWG werden auf diese Weise durch Neuwahlen zum Amt befähigt.

Es muß der Opposition bei diesen Ortsverwaltungswahlen gelingen, ihren politisch-ideologischen Einfluß auf Massen von Gewerkschafts-Kollegen auch organisatorisch zum Durchbruch zu bringen.

Hunderterte und Tausende von Ortsverwaltungen und Funktionen müssen durch revolutionäre Gewerkschafts-Kollegen, durch Anhänger der revolutionären Revolution besetzt werden.

Es geht um das, ob die Gewerkschaftsorganisationen und die Gewerkschafts-Funktionen weiterhin für eine bankrotte Partei-Organisation, für die Sozialdemokratie und das Zentrum mißbraucht werden. Bei diesen Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionen muß der jedem Gewerkschafts-Kollegen die Frage gestellt werden, ob er Streik im Interesse der Gewerkschaftsführer entschlossener entgegenzutreten bereit ist. Zweifellos werden die nächsten Streikämpfe erbitterter sein, weil es mit Recht befürchtet, daß das eine weitere Steigerung der Streikflut mit sich bringt. Alle Machtmittel der Gewerkschaft werden zur Abwehr der Streikflut eingesetzt werden. In der nächstbestmöglichen Weise werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften, der die Streikaktionen der Arbeiter zerschlagen und verhindert werden. Dem Hamburger Verkehrsarbeiterstreik haben die Gewerkschafts-Organen des Gesamtverbandes vor der Verbindlichkeitsklärung des Reichsbahnerstreikes kapituliert und durch Streikbruch den Kampf beendet. Sie bezeichneten die Verbindlichkeitsklärung als einen „Mittelweg von Lenin“. Ohne den geringsten Widerstand haben die Gewerkschaftsführer die angeblich gegen die Laben-Regierung in Dresden haben, den Befehl der Papen-Regierung durchgeführt und es ist eine Katastrophe des Reichsbahnerstreiks mit einem Mißerfolg abgewürgt. In Berlin haben die Führer des Gesamtverbandes durch mit allen Mitteln versucht, den Streik der Verkehrsarbeiter zu verhindern.

Nachdem die Verkehrsarbeiter ohne die Führer des Gesamtverbandes und gegen ihren Willen geschlossen und einig in den Streik traten, ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsorganisation, hatten die Führer des Gesamtverbandes nur eine Sorge: Gemeinsam mit der Polizei und der VWG-Direktion den gewaltigen Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter, der eine Millionenhaft 5 Tage in Atem hielt, zum Scheitern und zur Niederlage zu bringen. Können die Gewerkschaftsmitglieder der Fortsetzung dieser Politik weiterhin zusehen? Stehen die RWG-Führer bestrebt an der Spitze proletarischer Massenorganisationen, damit sie in der schändlichsten Weise die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer eigenen Mitglieder mit Füßen treten? Das ist die Frage, über die bei den kommenden Ortsverwaltungswahlen jeder Gewerkschafts-Kollege zu entscheiden hat.

Es muß abgerechnet werden

mit den inachtstelligen Anbiederungsversuchen der Leipziger und Tarnower der Laben-Regierung, an Straßer und Schlicher. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde unter ungeheuren Opfern von Millionen Kollegen in jahrzehntelangem Kampf als Klassenkampforganisation geschaffen und aufgebaut. Leipziger und Co. betreiben ihre Politik zur Verhinderung der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft der „Mittelgemeinschaft“ und bahnen ein Zusammengehen mit den Nazis an. Wir wollen, daß die Macht der Organisation einseitig wird im Interesse der Kollegenschaft und der gesamten Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind der Arbeiter: die Kapitalisten.

Nur die Gewerkschafter und Gewerkschaftsfunktionäre können das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen, die den rücksichtslosen Kampf gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterdrückungsabbau führen;

Gewerkschaftsfunktionäre, die ihre Hand bieten zur Durchführung der Hindenburg-Politik der Leipziger und Tarnower, die Lohnabbau verhindern oder in den Betrieben die Durchführung der Notverordnungen fördern, müssen von ihren Funktionen entfernt und durch

oppositionelle Kollegen ersetzt werden. Innerhalb der Gewerkschaftsverbände fordern wir alle Kollegen auf, einzutreten für den gemeinsamen Kampf aller Kollegen, insbesondere den gemeinsamen Kampf mit den RWG-Kollegen.

Die proletarische Demokratie in den Verbänden ist durch dauernde Verschlechterung der Statuten auf ein Minimum herabgedrückt worden. Der Angestelltenapparat hat sich die Verfügungsgewalt über die Organisations-Einrichtungen in weitestgehendem Maße gesichert. Wir führen den Kampf für die

Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen, oppositionellen Kollegen

Die Unterstufungseinrichtungen der Verbände sind von Jahr zu Jahr verschlechtert worden, ohne die Mitgliedschaft zu befragen. Jahrzehntlang haben die Kollegen Beiträge gezahlt. Und nun werden ihnen in der größten Not von den Verbandsinstanzen ihre Rechte beschlagnahmt.

Die Opposition in den Gewerkschaften kämpft um jede wählbare Funktion. Um jeden Gewerkschafts-Posten wird die Opposition einen Kampf führen. Nur ein oppositioneller Kollege bietet als Gewerkschaftsfunktionär die Gewähr, daß er seine Tätigkeit im Interesse der Kollegenschaft ausübt. Tausende ehrlicher proletarischer Gewerkschaftsfunktionäre sind um die Früchte ihrer opfervollen Arbeit durch die verräterische Politik der Gewerkschaftsführer betrogen worden. Sie müssen sich gemeinsam mit der Opposition gegen die reformistische Verräterpolitik der Leipziger und Co. wenden.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft nicht neben und gegen die Gewerkschaftsorganisationen, sie kämpft in den Gewerkschaften gemeinsam mit allen Gewerkschafts-Kollegen gegen die verräterische Politik der Gewerkschaftsführer für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in den Gewerkschaften. Jeder Gewerkschafts-Kollege, gleich welcher Partei, ohne Verpflichtung der RWG-Mitgliedschaft, muß sich einreihen in die Kampffront der Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften zur Bekämpfung der verräterischen Politik der Verbandsinstanzen.

Millionen oppositioneller Gewerkschafts-Kollegen im RWG, in den christlichen Gewerkschaften sind eine Macht, sind instand, Tausende von Gewerkschaftsfunktionen und Ortsverwaltungen durch oppositionelle Kollegen zu besetzen. Alle diese Funktionen und Positionen sind jedoch erst dann ein positiver Faktor für die Arbeiterklasse, wenn sie im Klassenkampf für die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Politik der RWG-Führung eingesetzt werden. Die aktive und erfolgreiche Durchführung der Ortsverwaltungswahlen, die Eroberung von tausenden Gewerkschaftspositionen ist jetzt die wichtigste Aufgabe der revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften, in Verbindung mit der Steigerung der Streikmoral gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jeden Angriff der Bourgeoisie.



Zum 15. Jahrestag der Sowjetunion

fragt und verleiht dieses Abzeichen / Preis: 10 Pfennig

Herausgegeben vom

BUND DER FREUNDE DER SOWJETUNION BERLIN NW 7, DOROTHEENSTRASSE 77/78

Das Papen-Kabinett stürzt

nicht zuletzt über seine katastrophale Außenpolitik. Durch den Wahlsieg der Kommunisten interessiert sich jeder für ihre Stellung zu den außenpolitischen Fragen. Eine marxistisch-leninistische Analyse aller maßgebenden Faktoren gibt Dr. Theo Neubauer in seinem neuen Buch:

Deutsche Außenpolitik heute und morgen. 128 Seiten. Preis 1 Mark.

Aus dem Inhalt:

Europa von heute. Versailles und die nationale Frage. Völkerverbund und deutsche Ostfragen. Sozialdemokratische Außenpolitik und vieles mehr.

Jeder ernsthafte politische Denker, jeder Funktionär muß das selbst besitzen.

Bestellungen bei allen Buchhändlern und bei Karl W. Deder, Buch- und Zeitschriftenvertrieb, Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Strasse 56.

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmudfsachen

Achtung!

Genossen und Genossinnen!

Besucht nur die

Lichtspieltheater

welche bei uns ihren Spielplan bekanntgeben

Halte! Disziplin!

Bei Drucksachen-Bedarf rufen Sie bitte Nr. 46455 an / FORTSCHRITT A8 Druckereifiliale Breslau

Abonnentenwerber für den „Arbeiter-Sender“

die einzige proletarische Radio-Zeitschrift, bei hoher Provision und sofortiger Provisionsauszahlung gesucht. Bewerber, die bereits für die proletarische Presse gearbeitet haben, wend. sich direkt an den

Verlag „Arbeiter-Sender“ Berlin SW 68, Friedrichstraße 236

Edmund Prause
Kohlenhandlung
Breslau, Trebnitzer Str. 29

Die letzte Vorführung

des

Persil-Tonfilms

Wäsche

Waschen

Wohlergehen

findet am Freitag, dem 18. November, um 2,30 Uhr nachmittags, im Capitol, Breslau, Gartenstraße statt.

Diese Veranstaltung ist in erster Linie für Personen gedacht, die aus irgendeinem Grunde einer früheren Einladung nicht folgen konnten bzw. in den letzten Monaten ver-sehentlich keine Einladung erhalten haben. — Einlaß kann nur gegen gültige Einlaßkarten gewährt werden. Einlaßkarten zu dieser Veranstaltung werden im Capitol am Donnerstag, dem 17. November in der Zeit von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. kostenlos an Erwerbslose ausgegeben.

Auch an dieser Stelle sei noch allen Besuchern für das äußerst große Interesse, das sie unseren Filmveranstaltungen entgegen-brachte, herzlichst gedankt.